

Entwicklungsperspektiven 110

Der Malser Weg

Geschichte einer sozialen Bewegung
für Demokratie und nachhaltige
Regionalentwicklung

Carolin Holtkamp

Der Malsler Weg

Geschichte einer sozialen Bewegung für
Demokratie und nachhaltige Regionalentwicklung

Carolin Holtkamp

Herausgeber

Dieter Gawora

Lateinamerika - Dokumentationsstelle
Bürger*Genossenschaft Obervinschgau

Kassel 2020

Entwicklungsperspektiven Nr. 110
Kassel 2020

© 2020, kassel university press, Kassel
<http://kup.uni-kassel.de>

ISBN 978-3-7376-0912-8

DOI: <https://doi.org/doi:10.17170/kobra-202010201974>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.



Diese Veröffentlichung – ausgenommen Zitate und anderweitig gekennzeichnete Teile – ist unter der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen International (CC BY-SA 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>) lizenziert.

Titelfoto:	Christof Stache
Umschlaggestaltung:	Michael Bryla; Dieter Gawora; Carolin Holtkamp
Layout:	Sven Lämmerhirt
Bildnachweis:	Michael Bryla: S. 24; Carolin Holtkamp: S. 26, 50, 56, 63; Robert Niederheiser: S. 13; Alexander Schiebel: S. 51; Christof Stache: S. 16; Jutta Staffler: S. 39; Simon Platter: S.53; Elisabeth Prügger: S. 27; Umweltinstitut München e.V.: S. 60; Der Vinschger Wind: S. 31, 45; Martina Waldner: S. 11, 35, 49, 51;

Universität Kassel
FB 05
Nora-Platiel-Str. 5
34127 Kassel
Tel.: 0049 561 804 3385

- Die Debatte über *Entwicklungsperspektiven* steht überall auf der Tagesordnung. Einseitig an wirtschaftlichem Wachstum orientierte Vorstellungen haben verheerende materielle, soziale und psychische Auswirkungen in Lateinamerika, Afrika und Asien, aber auch in Europa und den USA. Obwohl das am Wirtschaftswachstum orientierte Konzept längst kritisiert wurde, ist es nach wie vor für die Richtung unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen nach innen und außen maßgeblich.
- Die Kritik muss mit konkreten *Entwicklungsperspektiven* für eine humanitäre Entwicklung verbunden werden. Technokratische Politik zur Entwicklung reicht ebenso wenig aus wie politische Utopien. Die Erarbeitung der Perspektiven ist in Wirklichkeit ein umfassender Lernprozess, der ein neues Verständnis von Politik und nicht zuletzt auch ein neues Rollenverständnis von Technikern und Sozialwissenschaftlern erfordert.
- So geht es in dieser Reihe *Entwicklungsperspektiven* darum, emanzipatorische Prozesse im Produktions- und Reproduktionsbereich (bzw. Ursachen für ihre Verhinderung) aufzuzeigen. In ihnen wird an die eigene Geschichte angeknüpft und die eigene Identität erneut gefunden. Die Analyse emanzipatorischer Erfahrungen in verschiedenen Bereichen (Gesundheit, Wohnungsbau, Bildung, Produktionsorganisation) können hier wie dort Schritte auf dem Weg der Lösung von Abhängigkeiten hin zur Selbstbestimmung klären helfen.

Entwicklungsperspektiven sind heute schwer zu erkennen, daher suchen wir

- Berichte aus der Erfahrung demokratischer Organisationen, Analysen anderer Gesellschaften und Kulturen sowie ihrer Wirtschafts- und Lebensweisen.
- Auswertungen von Erfahrungen in Entwicklungsprojekten.
- Dokumente mit Hilfe derer die Lernprozesse aus diesen Erfahrungen von Europa nach Lateinamerika und vice versa vermittelt werden können.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	8
Der Malser Weg	9
Fröhlichsburg. Widerstand und das Agrar- und Ernährungssystem.....	15
Machtverhältnisse	17
Ziele sozialer Bewegungen.....	19
Strategie erfolgreicher sozialer Bewegungen.....	22
Malser Haide: Entstehung eines sozialen Problems	25
Kurze Geschichte des Obstbaus im Vinschgau.....	28
Kornkammer wird Obstkorb?.....	30
Soziale und ökologische Probleme.....	32
Apotheke: Aufbau von Protest.....	39
Etablierte demokratische Wege sind blockiert	40
Neue Wege politischer Mitbestimmung.....	42
Informieren und mobilisieren	43
Abstimmung trotz Gegenbewegung.....	47
Gemeindeamt: Krise und neue Lösungen	50
Ziviler Ungehorsam.....	51
Neue Aktivist*innen, neue Perspektiven.....	52
Hauptplatz: Erfolg und Transformation.....	55
Transformation auf juristischer Ebene	56
Den politischen Druck erhöhen	59
Transformation auf praktischer Ebene	61
Schlussfolgerungen und Reflexion	65
Rollen erfolgreicher Aktivist*innen	66
Unterstützungsmöglichkeiten für den Malser Weg.....	69
Literaturliste	71

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Gemeinde Mals mit der Malser Haide und einer neuen Obstanlage.....	11
Abb. 2: Gemeinde Mals - Karten.....	13
Abb. 3: Die Fröhlichsburg in Mals geschmückt mit Gebetsfähnchen	16
Abb. 4: Logo von La Vía Campesina.....	21
Abb. 5: Die vier Phasen des Malser Weges	24
Abb. 6: Das Dorf Mals und die Malser Haide.....	26
Abb. 7: Obstanlagen im Vinschgau.....	27
Abb. 8: Längsprofil des Vinschgaus in achtfacher Überhöhung	29
Abb. 9: Titelblatt Der Vinschger Wind vom 21.05.2009.....	31
Abb. 10: Waale auf der Malser Haide	35
Abb. 11: Die Gerichtsapotheke in Mals	39
Abb. 12: Logo des Promotorenkomitees	43
Abb. 13: Sammelleserbriefe in der Lokalzeitung.....	45
Abb. 14: Plakat an einem Balkon	46
Abb. 15: Plakat an einem Gartenzaun	46
Abb. 16: Puppe mit Schutzanzug	46
Abb. 17: Vortragsplakat	46
Abb. 18: Führung durch einen Biogemüsegarten.....	46
Abb. 19: Ja-Blumen	49
Abb. 20: Gemeindeamt Mals	50
Abb. 21: 2377 bemalte Pflastersteine.....	51
Abb. 22: Vandana Shiva.....	53
Abb. 23: Bauernmarkt auf dem Malser Hauptplatz	56
Abb. 24: Plakataktion des Umweltinstut München e.V.	60
Abb. 25: Produktvielfalt am Gemeinschaftsstand der Bürgergenossenschaft ...	63
Abb. 26: Rollen von Aktivist*innen im Verlauf einer sozialen Bewegung	68

*Mein herzlicher Dank gilt all jenen, die mit Rat, Wissen, Zeit, Fotos, Unterkunft
und Verpflegung zur Entstehung dieses Buches beigetragen haben.*

Vorwort

Die Zunahme globaler gesellschaftlicher Krisenszenarien bestätigt, was mittlerweile schon seit Jahrzehnten bekannt ist. Der westliche Lebensstil mit den dazugehörigen Ausbeutungsprozessen zerstört die Lebensgrundlage der Menschen. Wir wissen in welche Richtung eine alternative und nachhaltige Entwicklung gehen muss, doch wie dieser Weg aussieht, mit allen Möglichkeiten und Hindernissen, erfahren wir erst, indem wir uns auf diesen Weg machen.



Die Bürgergenossenschaft Obervinschgau hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein Beispiel einer möglichen Zukunft zu sein. Dazu betrachten wir die Gesellschaft wieder als Ganzes und mit ihren vielfältigen Zusammenhängen. Aus diesem Grund ist die Bürgergenossenschaft Obervinschgau in vielen gesellschaftlichen Bereichen aktiv, von der Landwirtschaft zum Tourismus, vom Sozialen zur Kultur. Wir wurden durch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern gegründet und stehen in ständiger Kooperation mit öffentlichen Institutionen und klassischen Marktakteuren. Daher verstehen wir uns neben Markt und Staat als zivilgesellschaftlicher Treiber gesellschaftlicher Entwicklung. Als solcher versucht die Bürgergenossenschaft auf vielfältige Weise Teil der Lösung zu sein, Ausdruck eines neuen Wirtschaftens in Kooperation mit der Natur und den Menschen. Dieses neue Miteinander zeigt sich auch zwischen Praxis und Forschung. Daher freuen wir uns, dass Carolin Holtkamp als Forscherin auch Teil unseres Engagements wurde und die Erfahrungen der Malserinnen und Malser in einen größeren sozialwissenschaftlichen Kontext einbettet. Mit Dank an Carolin ermuntern wir Sie dazu, die Welt der Lösungen zu erweitern und Teil davon zu werden.

Armin Bernhard, Vorstand der Bürgergenossenschaft Obervinschgau

Der Malser Weg

Noch nie war es so einfach wie derzeit, Lebensmittel vom anderen Ende der Welt zu beziehen. Wir essen Thai Curry, American Burger, italienische Pasta oder regionale Spezialitäten. Die Gerichte kaufen wir im Restaurant, tiefgekühlt oder als Einzelzutat im Supermarkt. Auch lokale Bauernmärkte tragen zur Versorgung der Bevölkerung bei. Die Konsumenten und Konsumentinnen haben die Qual der Wahl zwischen bio oder konventionell, regional oder global, fair oder unfair gehandelt, vegan, vegetarisch oder paleo. Die Produkte werden selbst gemacht, selbst angebaut, selbst eingekauft oder vom Supermarkt geliefert. Aber auch auf der anderen Seite der Warenkette, der Produktion von Lebensmitteln, sind die Möglichkeiten vielfältig. Landwirte und Landwirtinnen entscheiden zwischen den Richtlinien der konventionellen, EU-Bio, biologisch-dynamischen, organisch-biologischen oder agrarökologischen Bewirtschaftung. Einige Betriebe wachsen und produzieren hochgradig digitalisiert, spezialisiert und technisiert, andere werden kleiner und kleiner, bis nur noch der Hobbybetrieb bleibt oder sie ganz aufhören, weil sich die Arbeit im Konkurrenzkampf um die günstigsten Lebensmittel einfach nicht mehr lohnt. Die Art und Weise wie wir uns ernähren und unsere Nahrungsmittel produzieren hat großen Einfluss auf den Zustand unserer Umwelt und Gesellschaft. Denn um unser Essen zu produzieren nutzt die Landwirtschaft knapp 40 Prozent der Landflächen weltweit. Ernährung kann also nicht losgelöst gedacht werden von Landwirtschaft und andersherum. Beide Bereiche bedingen sich gegenseitig und gestalten die regionale Entwicklung in den Anbauregionen maßgeblich mit. Zusammen bilden Landwirtschaft und Ernährung daher eine wichtige Stellschraube für das Ziel der nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft.

Die Macht darüber zu entscheiden, in welche Richtung sich Landwirtschaft und Ernährung insgesamt entwickeln, liegt jedoch weniger bei den Konsument*innen und Produzent*innen selbst, sondern vielmehr in der Hand von Politik und Wirtschaft. Diese fördern vor allem eine Landwirtschaft und Ernährung, die auf industriellen Produktionsmethoden und globalisierten Wirtschaftsbeziehungen beruht. Aufgrund dieser Entwicklungen ist der Bereich Landwirtschaft und Ernährung derzeit einer der Hauptverursacher der sozialen und ökologischen Krisen in unserer Gesellschaft. In ökologischer Hinsicht beruht die Produktion von Lebensmitteln sowie deren Verarbeitung, Handel und Konsum in hohem Maße auf fossilen Energieträgern, die den Klimawandel antreiben. Darüber hinaus verursacht der Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden und die Umgestaltung vielfältiger Kulturlandschaften zu einfältigen Landstrichen einen gravierenden Rückgang der Biodiversität und führt zum Verlust fruchtbaren Bodens. In sozialer Hinsicht geht die industrielle und globalisierte Produktionsweise häufig mit Formen der sozialen Ausbeutung einher. Zum Beispiel konnte die weltweit produzierte Menge an Fleisch durch hochtechnisierte Produktionsweisen innerhalb der letzten 60 Jahre vervierfacht werden. Gleich-

zeitig mussten jedoch unzählige kleinbäuerliche Betriebe ihre Produktion aufgeben. Im globalen Süden verlieren Kleinbauern und -bäuerinnen ihre Existenzen, da sie von ihrem Ackerland vertrieben werden, damit Produktionsflächen für den Weltmarkt frei werden. Aber auch im globalen Norden stehen viele kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe vor dem wirtschaftlichen Aus, da sie dem Wachstumsdruck in der Landwirtschaft zunehmend nicht standhalten können. Eine Folge sind unter anderem erhöhte Suizidraten unter Landwirt*innen, wie am Beispiel Frankreich zu beobachten.

Im Bezug auf die menschliche Gesundheit überlagern sich soziale und ökologische Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft und Ernährung. Zum Beispiel sind im globalen Süden vor allem Kleinbauern und -bäuerinnen, die keinen ausreichenden Zugang zu Land haben, um sich selbst zu versorgen, von Hunger und Unterernährung betroffen. Gleichzeitig treibt der Konsum industriell hergestellter Lebensmittel die Zahl der fettleibigen Menschen in die Höhe. Global betrachtet leiden sogar mehr Menschen an Übergewicht und Fehlernährung als an Hunger, denn frische und unverarbeitete Lebensmittel sind in vielen Regionen der Welt verhältnismäßig teuer oder sogar kaum zugänglich. Darüber hinaus lösen der Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide und eine monotone Ernährung chronische Krankheiten wie Allergien, Krebs und Unfruchtbarkeit aus. Dies betrifft besonders Produzent*innen, die Pestizide ohne ausreichenden Schutz ausbringen und Menschen, die in intensiv bewirtschafteten Anbaugebieten wohnen, in denen Pestizide regelmäßig gespritzt werden und von den Zielflächen abdriften. Aber auch für Konsument*innen kann es durch Kontamination von Lebensmitteln zu Gesundheitsgefahren kommen. Schlussendlich sind wir alle auf die eine oder andere Art und Weise von den negativen ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen einer industriellen und globalisierten Landwirtschaft und Ernährung betroffen.

Eine Vielzahl sozialer Bewegungen weltweit tritt aus diesem Grund für die Veränderung der Agrar- und Lebensmittelsysteme ein. Sie versuchen die Rechte von kleinbäuerlichen Produzenten*innen und Konsument*innen gegenüber Großkonzernen in der Lebensmittel- und Agrarindustrie zu stärken und alternative Versorgungsmodelle im Sinne einer nachhaltigen Landwirtschaft und Ernährung zu etablieren. Eine dieser Bewegungen ist „Der Malser Weg“ in der italienischen Provinz Bozen-Südtirol, wo sich das größte zusammenhängende Apfelanbaugebiet Europas befindet. Es wird unter hohem Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden betrieben und nach Kräften weiter ausgebaut, obwohl die Apfelanlagen schon heute bis an die Grundstücksgrenzen der Wohnhäuser ragen. Auch in der Gemeinde Mals wurden Wiesen und Weiden auf intensive Obstanlagen umgestellt (s. Abb. 1). Um die Entwicklung hin zu einem intensiven Obstbaugebiet zu verhindern, gründeten Bürger und Bürgerinnen der Gemeinde Initiativen aus denen in der Folge der Malser Weg entstand. Unter den Aktivist*innen befanden sich sowohl Biobauern und -bäuerinnen als auch Konsument*innen. Sie fürchteten um die negativen Auswirkungen, die der

Pestizideinsatz in den Obstanlagen auf die Umwelt, ihre Gesundheit und angrenzende, biologisch bewirtschaftete Flächen haben. Darüber hinaus wollten sie nicht, dass sich die beeindruckende Kulturlandschaft in ihrer Heimat mit grünen Wiesen und einem offenen Blick auf das mächtige Ortlergebirge in ein Meer aus Apfelpflanzungen verwandelt.



Abb. 1: Gemeinde Mals mit der Malser Haide und einer neuen Obstanlage

Das Ziel des Malser Weges ist es zum einen, die Ausweitung der intensiv bewirtschafteten Apfelsonokultur in ihrer Gemeinde zu verhindern, um die Gesundheit der Bevölkerung und der Umwelt zu schützen. Zum anderen möchten sie den Weg für eine nachhaltige Entwicklung der Region ebnen. Deren Gestaltung soll die lokale Bevölkerung demokratisch mitbestimmen können. Auf Initiative der Bewegung führte die Gemeinde Mals dazu die europaweit erste kommunale Volksabstimmung über ein gemeindeweites Verbot von chemisch-synthetischen Pestiziden durch. Mit ihrem beispielhaften Ansatz weckte die Bewegung das Interesse von zahllosen Journalist*innen, Aktivist*innen, Politiker*innen, Student*innen und Tourist*innen, die in Folge die Gemeinde Mals besuchten, um Antworten auf folgende Fragen zu finden: Wie haben die Malser*innen ihre Bewegung aufgebaut? Welche Maßnahmen haben sie ergriffen? Was können wir von ihnen lernen und wie können wir die Bewegung unterstützen? Um den Besucher*innen eine umfassende Auskunft auf ihre Fragen geben zu können, wurde eine öffentliche Führung zum Malser Weg konzipiert und aus der Führung entstand dieses Buch. Es erläutert die Geschichte der sozialen Bewegung, die als

lokale Initiative beginnt und sich zunehmend international vernetzt, um sich lokalen Gegenbewegungen zu widersetzen. Darüber hinaus wird diskutiert, welche praktischen Veränderungen die Bewegung bewirken konnte und welche Hindernisse ihr in Richtung einer nachhaltigen Regionalentwicklung noch im Weg stehen. Letztlich möchte das Buch die Leser*innen inspirieren selbst aktiv zu werden, indem es mögliche Rollen aufzeigt, die sie als Teilnehmer*innen in sozialen Bewegungen einnehmen können.

Die Datengrundlage zu Buch und Führung wurde im Rahmen eines Dissertationsprojektes an der Universität Innsbruck zum Thema „Sozial-ökologische Transformation durch zivilgesellschaftliche Agrar- und Ernährungsnetzwerke“ erhoben. Die Autorin führte zwischen September 2018 und April 2019 Interviews und zahlreiche Gespräche, beobachtete die Aktivitäten in der Gemeinde und wertete relevante Literatur aus. Sie interviewte sowohl Schlüsselpersonen der Bewegung als auch Bäuerinnen und Bauern, die sich gegen ein Pestizidverbot aussprechen. Den theoretischen Rahmen für die Analyse des Malser Weges bildet der „Movement Action Plan“ von Bill Moyer, ein US-amerikanischer Bewegungsforscher und Aktivist. In seinem Buch „Doing Democracy“ (Moyer 2001) gibt er eine Anleitung für erfolgreichen Aktivismus und beschreibt, welche Phasen soziale Bewegungen durchlaufen und welche Rollen Aktivist*innen spielen müssen, um erfolgreich zu sein.

Die Gemeinde Mals

Die Gemeinde Mals liegt in den Zentralalpen. Sie ist mit 247,12 Quadratkilometern flächenmäßig die zweitgrößte Gemeinde Südtirols und bildet das kulturelle und wirtschaftliche Zentrum der Region Obervinschgau. Von Osten nach Westen erstreckt sie sich von der Schweizer Grenze im Sesvennengebirge hinab zum grünen Talboden und wieder hinauf zu den Hochtälern Planeil und Matsch bis in die hochalpinen Ötztaler Alpen. Dort wird sie von ihrem höchsten Berg, die Weißkugel (3738 m ü. NN), abgeschlossen. Der Talboden in Mals erstreckt sich in Nord-Südausrichtung vom Haider See auf 1450 m bis zur Grenze der mittelalterlichen Stadt Glurns auf 921 m (Gemeinde Mals). Administrativ ist die Gemeinde ein Zusammenschluss aus zehn vormalig eigenständigen Dörfern, sogenannte Fraktionen, die im Haupttal und in den angrenzenden Nebentälern liegen (s. Abb. 2). Im Hauptdorf Mals leben etwa 2000 der insgesamt 5225 Einwohner*innen (Stand 2017). Die große Mehrheit der Malser*innen spricht Deutsch als Muttersprache (ASTAT 2012). Insgesamt wuchs die Bevölkerung der Gemeinde zwischen 1991 und 2018 um 11 Prozent (Gemeinde Mals). Die positive demografische Entwicklung deutet auf eine hohe Lebensqualität in der Gemeinde hin, zu der lebendige Dorfgemeinschaften, gut ausgebaute Infrastrukturen und eine beeindruckende Kulturlandschaft beitragen. Diese Attribute motivieren die Teilnehmer*innen der Bewegung sich für die nachhaltige Gestaltung ihrer Heimat zu engagieren.

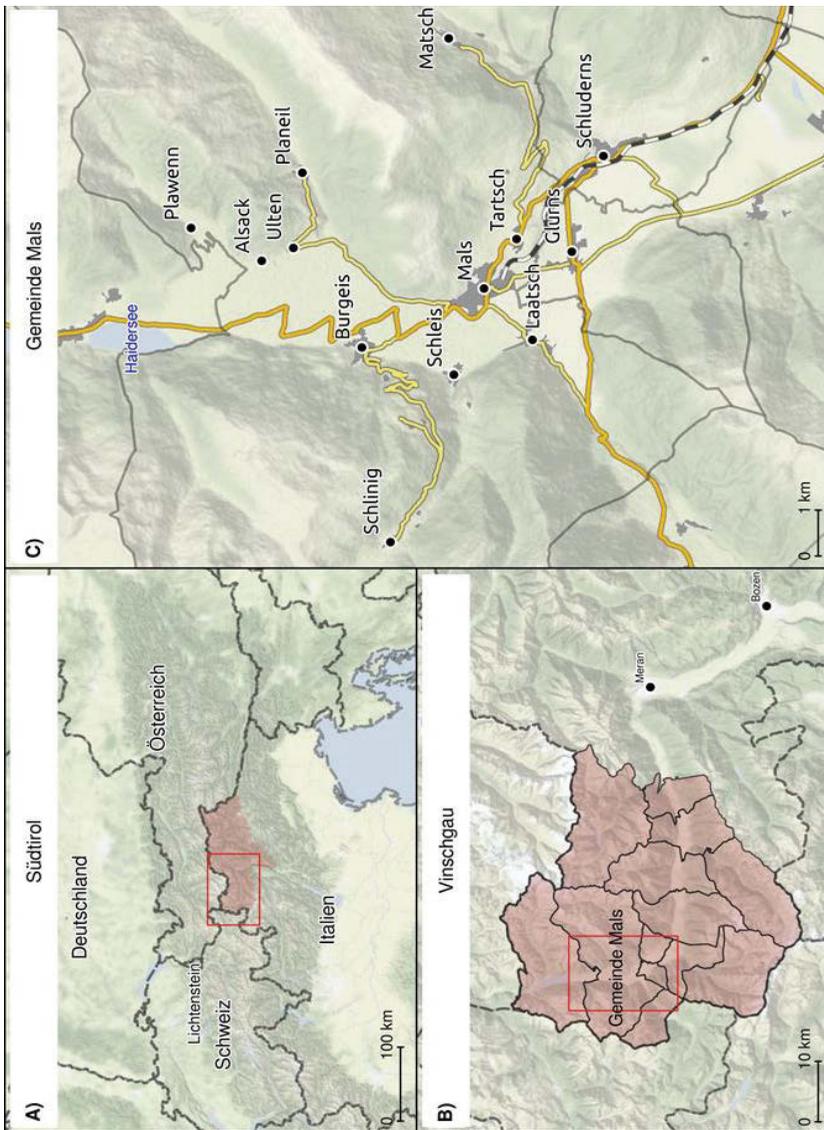


Abb. 2: Gemeinde Mals A) im europäischen Kontext, B) im Verwaltungsbezirk Vinschgau, C) mit ihren Fraktionen und Nachbargemeinden Glurns und Schluderns

Im Aufbau des Buches spiegelt sich der ursprüngliche Charakter als Führung wider, indem die einzelnen Kapitel mit Orten im Dorf Mals symbolisch verknüpft werden. Beispielsweise steht die mittelalterliche Fröhlichsburg in Mals, auf Grund ihrer Funktion als Verteidigungsanlage, in Kapitel zwei symbolisch für die Funktion, die soziale Bewegungen heute als Instrument des zivilgesellschaftlichen Widerstandes haben. Das Kapitel gibt eine allgemeine Einführung in soziale Bewegungen und erläutert die vier Phasen, die erfolgreiche Bewegungen durchlaufen. Im weiteren Verlauf des Buches widmet sich jedes Kapitel je einer Phase des Malser Weges. Kapitel drei erläutert die sozialen Probleme, die in der ersten Phase zur Entwicklung der Bewegung führten, Kapitel vier beschreibt die Phase des öffentlichen Protestes, Kapitel fünf stellt die Phase der Krise und Suche nach neuen Lösungswegen dar und Kapitel sechs erläutert die langjährige Phase juristischer und praktischer Veränderungen. Das letzte Kapitel gibt eine Zusammenfassung und erläutert Möglichkeiten, wie sich Leser*innen im Malser Weg oder in anderen Bewegungen engagieren können.

Fröhlichsburg. Widerstand und das Agrar- und Ernährungssystem

Im Laufe der Geschichte haben Gemeinschaften und Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Formen des Widerstandes gegen soziale Unterdrückung und feindliche Übergriffe ausgebildet. Während soziale Bewegungen eine Erfindung der Moderne sind, stellen Burgen eine mittelalterliche Form des Widerstandes dar. Im Schutze ihrer meterdicken Mauern verteidigten die Bewohner*innen nicht nur ihr Land und Leben, sondern auch ihre Kultur gegen fremde Angriffe. Den Ausgangspunkt der Erzählung über den Malser Weg bildet daher die Fröhlichsburg in Mals (s. Abb. 3). Sie steht symbolisch für den Widerstand der Malser Bürgerinnen und Bürger. Bevor die Entwicklung des Malser Bewegung erläutert wird, gibt dieses Kapitel eine allgemeine Einführung zur Bedeutung sozialer Bewegungen im Bereich von Landwirtschaft und Ernährung und beschreibt nach welchem Muster erfolgreiche soziale Bewegungen häufig ablaufen.

Der Aktivist und Bewegungsforscher Bill Moyer aus den USA beschreibt soziale Bewegungen als:

„[...] kollektive Handlungen, die die Aufmerksamkeit der breiten Masse der Bevölkerung wecken. Sie sensibilisieren, bilden und mobilisieren Bürgerinnen und Bürger häufig über Jahre und Dekaden, um machtvolle Eliten und die ganze Gesellschaft aufzufordern ein soziales Problem oder einen Missstand zu beheben und fundamentale gesellschaftliche Werte wiederherzustellen“ (Moyer 2001; übersetzt von CH).

Somit können wir soziale Bewegungen als Instrument von Bürger*innen verstehen, um an der politischen Willensbildung teilzuhaben und gesellschaftlichen Wandel aktiv zu gestalten. Sie organisieren sich, um gesellschaftliche Grundwerte zu verteidigen, wenn diese gefährdet werden. In der Regel entstehen Bewegungen in Situationen, in denen Bürgerinnen und Bürger keine Möglichkeit sehen, ihre Interessen auf den etablierten, demokratischen Wegen durchzusetzen. Gründe dafür können sein, dass die verantwortlichen Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft weder im Sinne des Gemeinwohls handeln, noch von ihren Führungspositionen zurücktreten (Moyer 2001).

Die Fröhlichsburg

Die Fröhlichsburg ist ein romanisches Bauwerk und wurde im 12. und 13. Jahrhundert erbaut. Zu dieser Zeit war der obere Vinschgau ein umstrittenes Gebiet zwischen der Grafschaft Tirol und dem Bistum von Chur, welches in der heutigen Schweiz liegt. In der Schlacht an der Calven im Jahr 1499 brannte die Burg nieder und wurde danach nur noch behelfsmäßig aufgebaut. Der Verein „Freunde der Fröhlichsburg“ restaurierte jedoch den Burgfried, sodass er seit 2004 wieder öffentlich zugänglich ist (Freunde der Fröhlichsburg 2004). Im April 2017 befestigten Aktivist*innen aus Mals und München hunderte Gebetsfähnchen an der Spitze des Burgfrieds. Die im Malser Oberwind flatternden, bunten Fahnen trugen die Namen von Unterstützer*innen, die ihre Solidarität mit dem Malser Widerstand ausdrückten.

Soziale Bewegungen etablierten sich seit Anfang des 19. Jahrhunderts vor allem in westlichen Demokratien als legitime Organisationsform der politischen Willensbildung. Ein wichtiger Meilenstein war die europäische Arbeiterbewegung. In dieser lehnte sich die Arbeiterschicht gegen die herrschende Klasse der Kapitaleigner auf und erkämpfte die Bürgerrechte, die heute fest in den westlichen Gesellschaften verankert sind. Diese umfassen unter anderen das allgemeine Wahlrecht, Arbeitsrechte (Achtstundentag, Mindestlöhne, die Fünftagewoche), soziale Rechte (Renten- und Krankenversicherung) und das allgemeine Versammlungsrecht. Eine neuere Bewegung ist die Umweltbewegung der 1970er und -80er Jahre. Sie brachte den Schutz der Umwelt und das Thema Nachhaltigkeit auf die politische Agenda. Mit der zunehmenden Globalisierung seit den 1980er Jahren entstanden auch weltweit vernetzte Bewegungen. Diese widmen sich häufig den unterschiedlichen Folgen einer neoliberalen Wirtschaftsordnung, die mit sozialer und ökologischer Ausbeutung einhergeht (Della Porta und Diani 2006). Ein aktuelles, bekanntes Beispiel ist die Bewegung „Fridays for Future“, die radikale Klimaschutzmaßnahmen fordert, um Gerechtigkeit für kommende Generationen zu schaffen.



Abb. 3: Die Fröhlichsburg in Mals geschmückt mit Gebetsfähnchen

Machtverhältnisse

Um verstehen zu können, warum im Bereich Landwirtschaft und Ernährung soziale Bewegungen entstehen, müssen wir fragen, inwiefern die Bürger*innen und die Gestaltung des Agrar- und Ernährungssystems mitbestimmen können und ob ihre Grundwerte gewahrt werden. Zum Agrar- und Ernährungssystem zählen neben der Produktion und dem Konsum auch die Bereiche Verarbeitung, Handel und Transport. Wie die Akteure in diesen Bereichen Lebensmittel produzieren, verarbeiten, handeln und konsumieren wird maßgeblich von größeren gesellschaftlichen Kräften bestimmt. Diese können wir mit dem Kräftedreieck von Staat, Markt und Zivilgesellschaft beschreiben. Zu den staatlichen Kräften gehören Regierungen und Verwaltungen auf unterschiedlichen Ebenen. Sie reichen von Kommunen über Nationalstaaten bis hin zu transnationalen Bündnissen wie den Vereinten Nationen. Im Feld des Marktes agieren unter anderem Banken, Großbetriebe und Börsen und zur Zivilgesellschaft zählen wir Konsument*innen und klein- bis mittelständische Produzent*innen. Diese Akteure ver-

suchen die Entwicklung des Agrar- und Ernährungssystems entsprechend der Interessen zu beeinflussen, die innerhalb ihrer Felder vorherrschen. Dazu stehen ihnen unterschiedliche Instrumente zur Verfügung. Ein wichtiges Instrument der Zivilgesellschaft ist ihre Selbstorganisation in sozialen Bewegungen.

Entscheidend für die Frage, entsprechend welcher Interessen sich das Agrar- und Ernährungssystem langfristig entwickelt, ist das Kräfteverhältnis zwischen

Entwicklung der gemeinsamen, europäischen Agrarpolitik

Seit Gründung der gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) im Jahr 1962 war es das Ziel, die EU-Landwirtschaft entsprechend einem agrar-industriellen Paradigma zu modernisieren, um durch günstige Massenprodukte sowohl Ernährungssicherheit zu gewährleisten, als auch Arbeitskräfte für die aufstrebende Industrie freizustellen. Zu diesem Zweck wurden große Betriebseinheiten und strukturelle, betriebswirtschaftliche Effizienzverbesserung gefördert, die Produktion durch Produktpreissubventionen künstlich angekurbelt und der EU-Binnenmarkt durch Zölle geschützt. Produktpreisstützen und Zölle führten in den 70er und 80er Jahren zu einer Überproduktion, die sich in Metaphern wie „Milchseen“ und „Butterberge“ widerspiegelt.

Seit den 80er Jahren nahm die Rolle der globalen Märkte Einfluss auf die GAP. Die Welthandelsorganisation verbot die Protektion des europäischen Binnenmarktes. Gleichzeitig wollten Verbraucher*innen nicht länger Umweltschäden und Produktionsüberschüsse finanzieren (Renting et al. 2012). Die EU passte die GAP entsprechend an. Sie schaffte Zölle ab und tauschte Preisstützen gegen einzelbetriebliche Subventionen, die an Fläche und Umweltauflagen geknüpft sind. Durch eine zweite EU-Fördersäule werden heute vor allem Investitionen für den strukturellen Erhalt ländlicher Räume, Landschaftspflege und Umweltschutzmaßnahmen finanziert. Gerade die kleinen Bergbetriebe erhalten häufig einen großen Anteil ihres Einkommens aus dieser zweiten Säule der EU-Förderungen. Da das flächenbasierte Fördermodell Großbetriebe bevorzugt wird jedoch insgesamt 80 % des Fördervolumens an nur 20 % der Betriebe ausgeschüttet.

den drei Feldern. Im historischen Zeitverlauf hat sich das Kräfteverhältnis zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft im Bereich von Landwirtschaft und Ernährung immer wieder verändert. Nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmten in der EU vor allem Akteure des staatlichen Feldes die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion. Die EU und die Nationalstaaten setzten den bäuerlichen Betrieben durch umfassende Gesetze enge Spielräume. Durch gezielte finanzielle Unterstützung, sogenannte Subventionen, steuerten sie die landwirtschaftlichen Betriebe und beeinflussten sie, ihre Produktion auf wenige Lebensmittel zu spezialisieren, mehr Maschinen einzusetzen und synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel zu nutzen. Oberstes Ziel war es, die Lebensmittelproduktion zu erhöhen und effizienter zu gestalten. Im Zuge der wachsenden Globalisierung seit den 80er Jahren wurde die Gestaltung des Agrar- und Ernährungssystems zunehmend den Spielregeln des „freien“ Markts überlassen, indem die EU-Staaten die öffentlichen Förderungen der Produktpreise und Produktionsmengen sowie Importzölle zurückfuhren und den EU-Binnenmarkt für den globalen Wettbewerb öffneten. In diesem Kontext gewannen Marktakteure, wie Supermarktketten und Agrarkonzerne, mehr und mehr Macht in der Gestaltung des Agrar- und Ernährungssystems.

Die Zivilgesellschaft, das heißt klein- und mittelständische landwirtschaftliche Betriebe sowie private Konsument*innen, haben dagegen meistens nur eine passive Rolle mit indirekten Mitbestimmungsrechten im Hinblick auf die Entwicklung von Landwirtschaft und Ernährung. Zum Beispiel können sie ihre politischen Repräsentanten wählen oder darauf achten, welche Lebensmittel sie konsumieren und wie sie produzieren. Landwirt*innen bestimmen die Preise für ihre Produkte jedoch in der Regel nicht selbst, sondern sie sind gezwungen mit den Erzeugerpreisen und Subventionen auszukommen, die ihnen von Wirtschaft und Politik zugestanden werden. Da ihre Einnahmen teilweise unter den Kosten liegen, die Landwirte und Landwirtinnen für die Produktion ihrer Lebensmittel haben, geben viele Betriebe auf. Andere überleben, da die EU fast die Hälfte des EU-Haushaltsbudgets für die Förderung der Landwirtschaft ausgibt. Da die Förderungen an die Flächen der Betriebe gebunden sind, profitieren vor allem Großbetriebe. Generell sind große Strukturen jedoch für die biologische Vielfalt in der Landwirtschaft nachteilig. Auch Konsument*innen können im Supermarkt lediglich zwischen verschiedenen Produktqualitäten wählen, jedoch können sie nicht direkt mitbestimmen, wie viel vom Endpreis des Produktes bei den Produzent*innen ankommt, unter welchen sozialen und ökologischen Bedingungen ihre Lebensmittel produziert werden und wie häufig diese zur Verarbeitung um die Welt fliegen, bevor sie in der Supermarktauslage ankommen. Außerdem wissen sie häufig gar nicht, wie ihre Lebensmittel produziert werden und sind daher beim Einkauf kaum in der Lage informierte Kaufentscheidungen zu treffen, sodass häufig das günstigste und nicht das nachhaltigste oder gesündeste Produkt gewählt wird.

Insgesamt dienen Lebensmittel heute nicht allein der Ernährung, sie sind auch eine Ware, die von den Akteuren, die in der Wertschöpfungskette zwischen Produktion und Konsum liegen, gehandelt wird. Eine wichtige Ursache für die passive Rolle von Konsument*innen und Produzent*innen ist, dass sie sich im Normalfall nicht persönlich kennen. Landwirtschaftliche Betriebe vermarkten ihre Produkte in der Regel nicht direkt an die Konsument*innen, sondern an Händler und Verarbeitungsbetriebe und Konsument*innen kaufen ihre Lebensmittel im Normalfall nicht beim landwirtschaftlichen Betrieb, sondern im Supermarkt. Da sich Konsument*innen und Produzent*innen an den gegenüberliegenden Polen der Wertschöpfungskette befinden, herrscht zwischen ihnen eine soziale Distanz, die soziale Vertrauensbeziehungen ausschließt. Das Fachwort für diesen Prozess des „sich nicht Kennens“ ist „Entbettung“. Er kennzeichnet auch andere gesellschaftliche Bereiche, in denen die globalisierten Wirtschaftsbeziehungen direkte Vertrauensbeziehungen nicht zulassen. Tendenzen der Entbettung unterdrücken zum einen die Solidarität zwischen Konsument*innen und Produzent*innen und ihre Fähigkeit sich zu organisieren, um ihre Interessen gemeinsam in die Gestaltung des Agrar- und Ernährungssystems einzubringen. Zum anderen verhindern sie, dass sich Konsument*innen, Produzent*innen und andere Akteure in der Wertschöpfungskette gegenseitig kontrollieren können. Die fehlende soziale Kontrolle erhöht die Wahrscheinlichkeit der sozialen und ökologischen Ausbeutung von Menschen und Umwelt und führt immer wieder zu Lebensmittelskandalen. Ein Gegenmodell sind Formen der Direktvermarktung, zum Beispiel der Ab-Hof-Verkauf oder Bauernmärkte. Diese Vermarktungsformen fördern direkte soziale Beziehungen und soziales Vertrauen zwischen Konsument*innen und Produzent*innen. Produzent*innen erhalten durch den direkten Verkauf den vollen Produkterlös und können Preisgestaltung sowie Produktionsweise kommunizieren. Konsument*innen haben im Gegensatz die Möglichkeit Fragen zur Produktionsweise zu stellen und können den Produzent*innen ein direktes Feedback für ihre Arbeit geben (Ermann et al. 2018).

Ziele sozialer Bewegungen

Soziale Bewegungen im Agrar- und Ernährungssystem wollen den Tendenzen der „Entbettung“ entgegenwirken. Dazu mobilisieren sie Konsument*innen und Produzent*innen und ermutigen diese politisch und praktisch aktiv zu werden, indem sie nachhaltige Agrar- und Ernährungsweisen einfordern und umsetzen. Bewegungen entstehen meist lokal als Reaktion auf ein soziales oder ökologisches Problem. So wie die Probleme, die sie verändern wollen, kann auch ihr Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung sehr unterschiedlich sein. Eine wichtige, bäuerliche Bürgerinitiative in Südtirol war die Gründung des Beratungsrings im Jahr 1957. Bauern und Bäuerinnen reagierten damit auf den Rückgang von Insekten und die Entwicklung multiresistenter Schädlinge durch den Einsatz breitenwirksamer Pestizide im Obstbau. Ziel des Vereins war es, Aufklärung zum Thema Pflanzenschutz und Düngung zu betreiben, um die finanziellen, ökologischen und

gesundheitlichen Schäden des Pestizideinsatzes zu minimieren. Die Bemühungen mündeten im Jahr 1988 in der AGRIOS Richtlinie für den sogenannten integrierten Obstanbau (Christoph 2007). Diese basiert bis heute auf dem Prinzip, möglichst wenig chemisch-synthetische Pestizide einzusetzen. Vom modernen agrarindustriellen Leitbild der landwirtschaftlichen Entwicklung weichen die Richtlinien grundsätzlich jedoch nicht ab. In der Folge wird daher nicht zwischen AGRIOS Richtlinien und konventionellem Anbau unterschieden.

Im Gegensatz zu AGRIOS etablierte die internationale Biobewegung aus den 60er Jahren ein alternatives Leitbild für Landwirtschaft und Ernährung. Dies beruht auf der Idee einer zukunftsfähigen Lebens- und Wirtschaftsweise im Einklang mit der Natur. In Europa entwickelte sich die Bewegung vor allem ausgehend von Deutschland, Österreich, der Schweiz und Frankreich, und gilt als Teil der allgemeinen Umweltbewegung. Die Wurzeln des Biolandbaus liegen allerdings schon in der biodynamischen Landwirtschaft von Rudolf Steiner aus den 1920er Jahren und der organisch-biologischen Landwirtschaft von Hans und Maria Müller sowie Hans-Peter Rusch aus den 1940er Jahren. Aus ihnen entwickelten sich die ersten Bioverbände, Demeter und Bioland. Die Lehren der Pioniere erhielten durch die Umweltbewegung einen größeren Kreis von Interessent*innen. Ihr Protest äußerte sich weniger in Demonstrationen, als vielmehr in einer gelebten Alltagskultur auf dem Bioacker sowie in Bioläden und Reformhäusern (Moschitz 2009). In Südtirol fasste der biologische Anbau Anfang der 90er Jahre Fuß als Obstbetriebe den Biolandverband Südtirol gründeten (Bioland Südtirol).

Die Malser Bewegung teilt die Visionen der Biobewegung und geht noch darüber hinaus, da sie fordert, dass die Produzent*innen und Konsument*innen der Gemeinde Mals demokratisch mitentscheiden können, wie die lokale Landwirtschaft und Ernährung in ihrer Heimat gestaltet wird. Das Ziel einer demokratisch begründeten Gestaltung lokaler Agrar- und Ernährungssysteme entspricht der Forderung der globalen Bewegung für Ernährungssouveränität. Der Begriff Ernährungssouveränität bezeichnet eine politische Vision, die auf der Annahme beruht, dass eine ausreichende und kulturell angepasste Ernährung weltweit nur dann hergestellt werden kann, wenn Konsument*innen und Produzent*innen das Recht haben, ihre lokale Landwirtschaft und Ernährung selbst zu gestalten.

„Ernährungssouveränität ist das Recht der Bevölkerung, ihre Ernährung und Landwirtschaft selbst zu bestimmen. Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und transnationalen Konzerne.“ (Deklaration des weltweiten Forums für Ernährungssouveränität, Mali, Februar 2007).

Die zentrale Forderung der globalen Bewegung ist daher die Kontrolle über die Gestaltung von Agrar- und Ernährungssystemen von Großkonzernen, Nationalstaaten und Staatenbünden an die lokalen Konsument*innen und Produzent*innen zu übertragen. Dies bedeutet, die Bewegung möchte die Macht der Zivilgesellschaft im Verhältnis zum Feld des Marktes und des Staates stärken.

Ursprünglich wurde das Konzept der Ernährungssouveränität im Jahre 1996 von der internationalen Organisation „La Vía Campesina“ auf dem Welternährungsgipfel in Rom entwickelt. La Vía Campesina vertritt Kleinbauern und -bäuerinnen weltweit sowie Konsument*innen, die sich für die Ziele der Ernährungssouveränität einsetzen (s. Abb. 4). Heute vereint die Vision einer selbstbestimmten Landwirtschaft und Ernährung eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen, die sich zusammen für die Rechte von Produzent*innen und Konsument*innen einsetzen und die globale Bewegung für Ernährungssouveränität bilden. Die einzelnen Akteure sind verbunden in dem Bestreben, das vorherrschende Agrar- und Ernährungssystem zu verändern. Im globalen Süden, dem Ursprung der Bewegung, ist es das primäre Ziel den Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsressourcen wie Land, Wasser und Saatgut für die Landbevölkerung zu sichern. Denn finanzstarke, internationale Marktakteure kaufen diese Ressourcen zunehmend auf, um damit zu spekulieren oder Rohstoffe für den Weltmarkt herzustellen, anstelle Lebensmittel für die lokale Bevölkerung zu produzieren. Im globalen Norden liegt der Fokus der Bewegungsteilnehmer*innen eher darauf, direkte Mitbestimmungsrechte über die Gestaltung lokaler Agrar- und Ernährungssysteme für Konsument*innen und Produzent*innen zu erwirken. Weitere wichtige Ziele der Bewegung sind traditionelles Wissen über Produktionsmethoden zu erhalten, lokal angepasste, ökologische Produktions- und Ernährungsweisen zu etablieren und Geschlechtergerechtigkeit zu stärken.



Abb. 4: Logo von La Vía Campesina

Globale Bewegungen, wie die der Ernährungssouveränität, bestehen häufig aus einer Vielzahl lokaler Initiativen, wie „Der Malser Weg“. Die lokalen Aktivist*innen solidarisieren sich untereinander und bilden lose zusammenhängende Netzwerke, die den gesamten Globus umspannen. Häufig entstehen diese lokalen Initiativen aufgrund von Problemen vor Ort und sind zunächst unabhängig von internationalen Netzwerken. Wenn die Mitglieder bemerken, dass andere Gruppen ähnliche Probleme und Herausforderungen haben, entstehen internationale oder globale Allianzen. Die Bemühungen der Initiativen werden dann häufig durch zivilgesellschaftliche Organisationen, kirchliche Hilfs-

werke und auch aktivistische Wissenschaftler*innen unterstützt. Sie alle versuchen die Mitbestimmungsrechte der Zivilgesellschaft gegenüber Konzernen, Banken, Nationalstaaten und transnationalen Bündnissen zu stärken, indem sie Druck auf politische Entscheidungsträger*innen oder Konzerne aufbauen und sie auffordern, Politik und Produktionsweisen zu verändern. Darüber hinaus werden im Rahmen von Bewegungen praktische Alternativen erprobt, um Konsum- und Produktionsweisen sozial und ökologisch zu gestalten.

Ein Erfolg der Ernährungssouveränität

In einem bislang einzigartigen, partizipativen Verfahren gelang es der Bewegung für Ernährungssouveränität eine Erklärung über die „Rechte von Kleinbäuerinnen und -bauern und andere im ländlichen Raum lebenden Menschen“ in die UN-Vollversammlung einzubringen. Sie sieht u. a. das Recht auf einen gesicherten Zugang zu den Produktionsressourcen Land, Wasser und Saatgut vor, sowie die Möglichkeit sich selbständig, kulturell angepasst und vollwertig ernähren zu können. Nach einem 17-jährigen Prozess wurde die Erklärung am 17.12.2018 durch die UN-Vollversammlung angenommen und in Kraft gesetzt (FIAN Österreich 2018). Dieser Schritt ist ein riesiger Erfolg für die Bewegung.

Strategie erfolgreicher sozialer Bewegungen

Soziale Bewegungen können sich sehr unterschiedlich entwickeln. Verschiedene Wissenschaftler*innen erforschen daher die Muster und Mechanismen in den Strategien und Abläufen von Bewegungen, die ihnen zum Erfolg verhelfen. Wie funktioniert also eine erfolgreiche soziale Bewegung? Das Ziel von Aktivist*innen ist es meistens Gesetze zu verhindern und Werte und Gewohnheiten zu verändern, die die gesamte Gesellschaft oder einen Teil der Bevölkerung gefährden. Dazu arbeiten sie häufig nicht direkt gegen die Machthaber*innen in Politik und Wirtschaft, sondern sie mobilisieren möglichst viele Bürgerinnen und Bürger dazu, die Bewegung zu unterstützen. Um die Solidarität der Bürger*innen zu erhalten, müssen die Forderungen der Aktivist*innen auf den fundamentalen Werten der Gesellschaft wie Gesundheit, soziale Gerechtigkeit oder Demokratie aufbauen. Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Bewegung weitgehend friedlich verläuft, kulturelle Besonderheiten beachtet und ein positives Zukunftsbild zeichnet, damit sie die Bürger*innen ermutigt, „Ja“ zu angestrebten Veränderungen zu sagen (Moyer 2001).

Die Strategie erfolgreicher Bewegungen umfasst in der Regel vier Schritte:

- 1) Zunächst informieren sich einige wenige Aktivist*innen über ein soziales Problem, welches sie als ungerecht empfinden. Sie decken die Handlungen in Politik und Wirtschaft auf, die dieses Problem verursachen und beweisen deren Fehlerhaftigkeit.
- 2) Daraufhin versuchen sie die Aufmerksamkeit der Zivilgesellschaft auf das soziale Problem zu lenken. Dazu informieren sie Bürgerinnen und Bürger über die Hintergründe des Problems und schaffen Möglichkeiten die eigene Meinung öffentlich zu äußern, zum Beispiel durch Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen. Außerdem zeigen sie Lösungsmöglichkeiten für das Problem auf.
- 3) Wenn sich eine Mehrheit der Bevölkerung zu den Zielen der Bewegung bekennt, erhöhen die Aktivist*innen den Druck auf die Entscheidungsträger*innen in Konzernen und Regierungen, indem sie zum Beispiel weitere Demonstrationen, Produktboykotte oder die Abwahl von Politiker*innen organisieren und konkrete Forderungen stellen.
- 4) Schließlich befähigen und überzeugen die Aktivist*innen die Unterstützer*innen der Bewegung, selbst aktiv zu werden, indem sie neue Bürgerinitiativen gründen und praktische Lösungen für das soziale Problem etablieren (Moyer 2001).

Ähnlich der Strategie erfolgt auch der zeitliche Ablauf einer Bewegung in vier Phasen. Der Übergang von einer zur nächsten Phase wird sowohl durch die strategischen Handlungen der Aktivist*innen bestimmt, als auch durch die Reaktionen der Machthaber*innen, auf die die Bewegung Druck ausübt. In der Regel wird jede neue Phase durch ein einschneidendes Ereignis eingeleitet, welches die Aktivist*innen dazu verleitet, ihre Strategie zu verändern. Mit der ersten Phase wird die Zeit bezeichnet, in der ein soziales Problem weitgehend unbemerkt entsteht. Nur wenige Bürger*innen bemerken es, da sie von den sozialen Missständen besonders betroffen sind oder beispielsweise durch ihren Beruf besonders für das Thema sensibilisiert wurden. Diese Bürger*innen versuchen häufig schon früh die Entstehung der Probleme zu verhindern, indem sie kleine Aktionen oder persönliche Gespräche durchführen. Ihre frühen Warnungen verpuffen jedoch oft so lange bis ein Ereignis das Problem für alle sichtbar macht und die zweite Phase des Protests einleitet. Wenn das nun sichtbare Problem am Anfang der zweiten Phase nicht durch politischen Dialog und etablierte Gesetze gelöst werden kann, bilden Aktivist*innen eine Protestbewegung, indem sie Unterstützer*innen mobilisieren. Obwohl der Druck auf die Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft durch den Protest der Bevölkerung wächst, ignorieren diese die Forderungen der Bewegung meistens zunächst.

Die zweite Phase schlägt durch die negativen Gegenreaktionen in die dritte Phase der Krise und Suche nach neuen Lösungen um. Manchmal beginnt diese Phase mit einer allgemeinen Niedergeschlagenheit vieler Aktivist*innen, denn sie bemerken, dass ihre Forderungen nicht umgesetzt werden, obwohl sie schon

viel Arbeit aufgebracht und viele Unterstützer*innen gewonnen haben. Wenn die Aktivist*innen ihre Enttäuschung überwinden, kann die Krise dazu veranlassen neue Lösungswege zu finden, die letztlich zum formellen Erfolg der Bewegung führen, zum Beispiel ein umfassender Gesetzeserlass zugunsten der Bewegung. Das Erfolgserlebnis leitet zugleich den Beginn der vierten Phase der Transformation ein. Diese Phase ist gekennzeichnet von einem langjährigen Kräftemessen zwischen den Unterstützer*innen und den Gegner*innen der Bewegung. Es geht häufig einerseits um den Erlass und die Umsetzung weiterer Gesetze und andererseits um praktische Veränderung im Alltag der Menschen, zum Beispiel der verstärkte Konsum regionaler Biolebensmittel. Da Gesetzesveränderungen häufig mit der Verschiebung von Machtverhältnissen in der Regierung und Wirtschaft verbunden sind und sich Gewohnheiten und Werte in der Gesellschaft nur sehr langsam verändern, ist diese letzte Phase von weiteren Rückschlägen gekennzeichnet und zieht sich zumeist über mehrere Jahre bis Jahrzehnte (Moyer 2001).

Der Malser Weg befindet sich derzeit in der vierten Phase der Transformation. Dies bedeutet, dass die Bewegung schon einen anstrengenden Weg hinter sich hat und zahlreiche Hürden erfolgreich meistern konnte. Viele Bewegungen schaffen es im Unterschied zum Malser Weg nicht bis in die vierte Phase, da sie nicht genug Unterstützer*innen mobilisieren konnten oder ihre Aktivitäten zu stark blockiert wurden. Dennoch steht auch der Malser Bewegung noch eine lange Zeit der Transformation bevor, deren Ausgang ungewiss ist. Die bisherigen Phasen umfassen in etwa die Zeiträume, die in Abbildung 5 angegeben sind. In den folgenden Abschnitten wird erläutert, was sich in diesen Zeiträumen genau ereignete und wo die Bewegung heute steht.



Abb. 5: Die vier Phasen des Malser Weges

Malser Haide: Entstehung eines sozialen Problems

Die Fröhlichsburg ist nicht nur ein Ort des Widerstandes, sondern auch eine Aussichtsplattform. Von der Spitze des Burgfrieds in 33 Meter Höhe eröffnet sich ein Panoramabild über die einzigartige Landschaft der Gemeinde Mals. Von hier oben wird ersichtlich, warum der Malser Weg entstanden ist und wofür er kämpft, da man das umstrittene Gebiet, den Talboden der Gemeinde, vollständig überblickt. Derzeit ist er von grünen Wiesen und Weiden bedeckt, die von den Hängen des Sesvennagebirges und des Sonnenberges eingegrenzt werden. Nur an einigen Stellen wird das Grünland durch andere Kulturen, wie Kräuter, Kartoffeln, Mais oder Getreide unterbrochen. Der leicht abfallende Talboden trägt den Namen „Malser Haide“. Am südlichen Ende trifft diese

auf die Gemeinden Glurns und Schluderns (s. Abb. 6). Hier beginnt ein intensives Obstbaugebiet, welches den Großteil des Talbodens im mittleren und unteren Vinschgau bedeckt. Über viele Kilometer reiht sich Apfelbaum an Apfelbaum, Stützpfeiler an Stützpfeiler und Hagelnetz an Hagelnetz (s. Abb. 7). Seit 2009 werden auch in der Gemeinde Mals intensiv bewirtschaftete Obstplantagen angelegt. Jedoch sehen viele Malser Bürgerinnen und Bürger in der Umstellung auf Obstbau für Umwelt und Bevölkerung verschiedene Nachteile, wie der vermehrte Einsatz giftiger Pestizide und ihre Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, der Rückgang der Biodiversität und der ästhetische Wertverlust der Kulturlandschaft. Diese und weitere soziale Probleme führten zu einem Konflikt über die Nutzung der Malser Haide, der in die soziale Bewegung „Der Malser Weg“ mündete (Perting 2012).

Die Entstehung des Nutzungskonfliktes markiert die erste Phase des Malser Weges und ist von den sich widersprechenden Interessen verschiedener Gruppen geprägt. Die allgemeine Malser Bevölkerung nutzt den Talboden vorwiegend als Erholungsgebiet und auch für den Tourismus. Außerdem bildet die offene Kulturlandschaft einen wichtigen Bezugspunkt ihrer regionalen Identität und trägt signifikant zur natürlichen Vielfalt in der Region bei. Für die Landwirtschaft ist die Malser Haide eine Gunstfläche, denn sie ist fruchtbar und relativ eben. Während einige Bauern und Bäuerinnen weiterhin Viehwirtschaft betreiben wollen, möchten andere Betriebe auf Obstbau umstellen. Auf der Seite des Malser Weges steht der Großteil der Malser Bevölkerung sowie viele Biobauern und -bäuerin-

Malser Haide

Die Malser Haide ist vermutlich der größte Murkegel der Alpen. Murkegel entstehen über Jahrtausende durch Matsch- und Geröllabgänge (Muren) am Ausgang steiler Gebirgstäler. Die Malser Haide fällt vom Süden des Haider Sees von 1450 m ü. NN auf 920 m ü. NN bei Glurns ab und umfasst eine Oberfläche von 13,2km² und ein Volumen von 1,5km³ Murschutt (Fischer 1974). Der etymologische Ursprung des Wortes „Haide“ ist nicht der deutsche Begriff „Heide“, der auf einen unfruchtbaren Ort hinweist, sondern das irische „aith“ oder keltische „eid“, was Anhöhe oder Plateau bedeutet (Perting 2012).

nen, die die Umstellung auf den Obstbau kritisch sehen. Sie engagieren sich für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen in ihrer Heimat und streben eine vielfältige Landwirtschaft an, die die Biodiversität erhält, eine abwechslungsreiche Kulturlandschaft formt und der Gesundheit der lokalen Bevölkerung zuträglich ist. Ausgehend von dieser Forderung entwickelte die Bewegung weitere Zielsetzungen, die neben der Landwirtschaft auch Bereiche wie Bildung, Verkehr, Konsum und Politik einschließen. Auf der anderen Seite der Obstbetriebe stehen Teile der Südtiroler Regierung und die meisten bäuerlichen Beratungsorganisationen, da sie den Obstbau im Obervinschgau fördern wollen.



Abb. 6: Das Dorf Mals und die Malser Haide am Übergang zum mittleren Vinschgau

Lange Zeit galt der Obervinschgau nicht als obstbaufähig, da die Vegetationszeit aufgrund der Höhe des Talabschnitts zu kurz war. Durch die Effekte des Klimawandels änderte sich dies jedoch. Mitte der 90er Jahre wurde ein erstes bodenkundliche Gutachten des Mittelvinschgaus (Fischer und Wetzel 1996), um die Obstbaufähigkeit bislang nicht erschlossener Gebiete zu untersuchen. Obstwirtschaft und bäuerliche Beratungsorganisationen streben seither für den mittleren und oberen Vinschgau eine Umstellung auf Kernobstbau an, denn die derzeitigen vorherrschenden kleinen Viehbetriebe schätzen sie ökonomisch als weniger zukunftsfähig ein.

Der stark genossenschaftlich organisierte Südtiroler Obstbau gilt dagegen als weltweit konkurrenzfähiges Erfolgsmodell. Entlang der Etsch erstreckt sich die größte, geschlossene Apfelanbauregion Europas (Bätzing 2015). Über 7000

Landwirt*innen erzeugen hier rund fünfzig Prozent der italienischen und zehn Prozent der europäischen Apfelproduktion und verkaufen ihre Äpfel weltweit (Südtiroler Apfelkonsortium 2020). Der Obstbau brachte vielen Grundbesitzer*innen Wohlstand und landwirtschaftlichen Betrieben ein relativ sicheres Einkommen. Kritiker*innen beanstanden jedoch, dass der Südtiroler Obstbau nur deshalb konkurrenzfähig sei, da er hochgradig öffentlich gefördert werde und da die ökologischen und gesundheitlichen Kosten der intensiven Bewirtschaftungsmethoden nicht bedacht würden.



Abb.7: Obstanlagen im Vinschgau

Der Südtiroler Obstbau ist durch den intensiven Anbau in Monokulturen gekennzeichnet. Dies bedeutet, dass in den Obstbaugebieten entlang der Etsch vorwiegend eine Kulturpflanze, Apfelbäume, vorherrscht. Die Baumreihen werden in Spindelbauweise gepflanzt. Dazu werden unzählige Betonpföcke im Boden verankert und mit dünnen Drähten umspannt, um die Stämme und Äste der etwa zwei Meter hohen Apfelbäume zu stützen. Die Apfelsorten sind so gezüchtet, dass sie möglichst viel Ertrag bringen. Dadurch können die Bäumchen das Gewicht ihrer Früchte allein nicht halten. Während der Vegetationsperiode im Frühling und Sommer fallen die Betonpföcke kaum auf, im Winter aber stört ihr Anblick viele Anwohner*innen, da sie den ästhetischen Wert der Landschaft mindern. Damit sich in den Apfelkulturen nicht flächendeckend Schädlinge und Pflanzenkrankheiten ausbreiten, werden die Obstbäume in der Wachstumsphase

Pestizid oder Pflanzenschutzmittel?

„Der Begriff ‚Pestizide‘ wird im Allgemeinen als Synonym für Pflanzenschutzmittel benutzt. Er bezeichnet jedoch eine Produktpalette, die auch Biozide umfasst, die in nicht-pflanzlichen Bereichen Anwendung finden [...] Pflanzenschutzmittel beinhalten Herbizide¹, Fungizide², Insektizide³, Akarizide⁴, Pflanzenwachstumsregulatoren⁵ und Insektenabwehrmittel⁶.“ (EFSA: 2020) Da Pflanzenschutzmittel zwar die Funktion haben eine Kulturpflanze vor Krankheiten und Schädlingsbefall zu bewahren, jedoch viele andere Lebewesen abtöten, verwenden wir den weniger beschönigenden Begriff Pestizid.

¹) Unkrautvernichtungsmittel, ²) Mittel gegen Pilze, ³) Insektengifte, ⁴) Milben- und Spinnengifte, ⁵) Mittel, die alle Pflanzen zur gleichen Zeit reifen und gleich groß werden lassen, ⁶) Mittel die Insekten abhalten (CH)

zwischen April und September regelmäßig mit chemisch-synthetischen Pestiziden gespritzt, häufig über 20 Mal pro Saison. Anwohner*innen klagen daher in der Saison immer wieder über Belästigungen durch die Abdrift von Pestiziden und damit einhergehende Atembeschwerden sowie Reizungen von Haut und Augen. Die Produktion und Vermarktung der Äpfel wird zentral über die Obstgenossenschaften gemanagt, sodass eine hohe Effizienz und ein gleichbleibender Produktstandard erreicht wird. Pro Hektar können die Südtiroler Betriebe so etwa 51,3 Tonnen Äpfel ernten, während der italienische Durchschnitt bei 41,3 Tonnen und der EU-Durchschnitt bei 22,2 Tonnen liegen (Umweltinstitut München e.V. 2020). Gleichzeitig lässt die Rationalisierung wenig Spielraum, um Wirtschaftsweisen an lokale und ökologische Besonderheiten anzupassen. Insgesamt treiben wirtschaftliche

Argumente den Wandel zu intensiven Formen der Landwirtschaft an. Die Entwicklung ruft jedoch in ganz Südtirol soziale, ökologische und ökonomische Probleme hervor. In den nachfolgenden Abschnitten wird die Ausweitung des Obstbaus in Südtirol erläutert und die Herausforderungen, die sich daraus speziell für den Obervinschgau ergeben.

Kurze Geschichte des Obstbaus im Vinschgau

Die Anfänge des gewerblichen Obstbaus in Südtirol liegen im Etschtal zwischen Bozen und Meran. Dort wurden schon um das Jahr 1820 Marillen angebaut und mit Karren über den Brenner exportiert. Im Vinschgau verlief die Entwicklung des Obstbaus entlang der drei natürlichen Höhenstufen des Tals (s. Abb. 8). Der untere Vinschgau bildet die erste Höhenstufe und reicht relativ eben von Meran bis zum Gadiamurkegel bei Göflan. Nach dem Bau der Vinschgerbahn im Jahr 1906 und der Trockenlegung der sumpfigen Talsohle wurden dort erste Obstplantagen angelegt. Das Obst konnte mit der neuen Bahn bis ins Engadin, Oberinntal und nach Vorarlberg transportiert und verkauft werden. Neben der traditionellen Berglandwirtschaft, in der vorwiegend Vieh gehalten wurde, entwickelte sich daher eine vollkommen neue landwirtschaftliche Branche. Die Obstanlagen waren damals jedoch nicht zu vergleichen mit den heutigen, denn

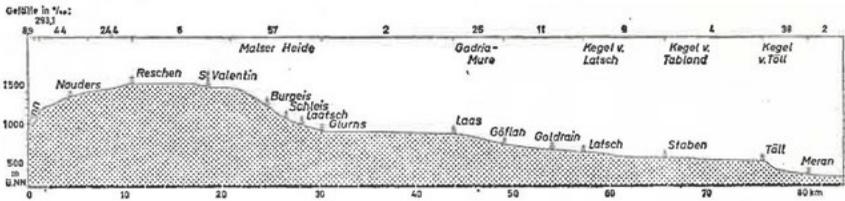


Abb. 8: Längsprofil des Vinschgaus in achtfacher Überhöhung (Fischer 1974: 20).

die Talsohle wurde extensiv, das heißt ohne künstliche Düngemittel, Pestizide und Maschineneinsatz bewirtschaftet. Außerdem wuchsen unter den hochstämmigen Obstbäumen andere Kulturen wie Getreide, Gras und Gemüse zur Versorgung der bäuerlichen Familien und ihrer Tiere. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg trafen Landesregierung und bäuerliche Organisationen Maßnahmen der Intensivierung (Fischer 1974). Diese umfassten die Ausbringung von chemisch-synthetischen Pestiziden und Düngemitteln, den Einsatz von Maschinen, die Zucht von Hohertragssorten sowie den Anbau von Monokulturen. Damit wichen die einstigen Selbstversorgerstrukturen langsam der Produktion für den Markt.

Der administrative Obervinschgau beginnt mit der zweiten Höhenstufe bei Gölfan. Aufgrund des geografischen Übergangscharakters wird die Ebene zwischen Laas und Glurns jedoch häufig als Mittelvinschgau bezeichnet. Hier wurden Obst- und Weinbau bis in die 1970er Jahre hinein nur zur Eigenversorgung der lokalen Bevölkerung auf den Hängen des Sonnenbergs betrieben, denn die Vegetationsperiode ist durch den Höhenunterschied kürzer als im Untervinschgau. Der erwerbsmäßige Obstbau war daher zunächst nicht rentabel. Stattdessen lebte die landwirtschaftliche Bevölkerung vom Gemüseanbau und dem Verkauf von Zuchtvieh, für das sie Futtergetreide anbaute (Fischer 1974; Loose 1976). Seit den 1980er Jahren führten neue Frostschutztechnologien dazu, dass der Obstbau im Mittelvinschgau wirtschaftlich rentabel wurde und heute die gesamte Ebene bedeckt. Die höhere Lage der Region gilt sogar als vorteilhaft, da die kalten Nächte die Äpfel rotbackig färben.

Der Anfang der Malser Haide bei Glurns markiert die dritte Höhenstufe und den Beginn des geografischen Obervinschgau (Loose 1976). In der Folge wird der Begriff Obervinschgau zur Bezeichnung dieser geografischen Region verwendet. Da sie noch höher liegt als der mittlere Vinschgau, dominiert hier bis heute die Rinderzucht und Milchviehhaltung. Auf dem fruchtbaren Talboden bauten die Betriebe noch bis in die 70er Jahre das Getreide für Futter und Selbstversorgung an. Sowohl Ober- als auch Mittelvinschgau galten daher als Kornkammer Südtirols (Fischer 1974). In den 80er Jahren kam der Getreideanbau jedoch fast vollständig zum Erliegen, da der Import von Futtermitteln viel günstiger wurde. Die Viehwirtschaft im Obervinschgau hatte jedoch Bestand, sodass die Malser Haide sich in eine fast durchgängige Grünlandfläche verwandelte, die

von den landwirtschaftlichen Betrieben als Heuwiese und Weide genutzt wird. Streng genommen stellt auch die Grünlandwirtschaft auf der Malser Haide aus ökologischer Perspektive eine intensive Bewirtschaftungsform dar, denn zum Teil wird viel Gülle ausgebracht und die Wiesen werden bis zu drei Mal im Jahr gemäht (Schönthaler 1992). Im Unterschied zum Obstbau werden jedoch normalerweise keine künstlichen Pestizide und Düngemittel verwendet, sodass die Bewirtschaftungsform weniger intensiv ist als der Obstbau.

Kornkammer wird Obstkorb?

Anfang der 2000er Jahre etablierten sich unter den jungen Bauern und Bäuerinnen im Obervinschgau im Wesentlichen zwei Strategien, um ihre Höfe wirtschaftlich rentabel in die Zukunft zu führen. Die einen hofften auf die Möglichkeit bald Obstbau betreiben zu können, die anderen stellten auf biologische Viehhaltung um. Daneben gehen viele Landwirt*innen einer Lohnarbeit nach oder sie erweitern ihre Betriebssparten mit der Vermietung von Ferienzimmern, der Erzeugung von Gemüse oder der Veredelung eigener Produkte wie zum Beispiel durch die Herstellung von Käse am Hof. So hat jeder Hof eine Reihe von Kombinationsmöglichkeiten. Insgesamt lässt sich jedoch sagen, dass ab den 1990er Jahren mit den Betriebsstrategien Biolandbau oder konventioneller Obstanbau experimentiert wurde. Während sich der Biolandbau bis zum Jahr 2009 schon auf einigen Höfen etabliert hatte, war die Malser Haide noch nicht obstaufähig, da eine moderne Bewässerungsanlage fehlte, mit deren Hilfe die Kronen der Obstbäume beregnet werden können. Eine großflächige Umstellung auf den Obstanbau war daher nicht möglich. Im Jahr 2006 beschlossen die Grundbesitzer*innen der unteren Malser Haide dann aber mit großer Mehrheit (79,6 %) eine entsprechende Bewässerungsanlage mit Sprinklern zu bauen (Laner 2006).

Die meisten Grundbesitzer*innen stimmten dem Bau der Anlage zu, da sie eine enorme Arbeitserleichterung für alle Bäuerinnen und Bauern versprach und weil zu erwarten war, dass Obstaufähigkeit den Wert der Agrarflächen erheblich ansteigen ließe. Des Weiteren wurde das Projekt vom Land und den Gemeinden großzügig finanziell gefördert. Mit einer großen Umstellungswelle auf den Obstbau rechneten in diesem Moment nur wenige Grundbesitzer*innen. Vor allem Mitglieder der gemeinnützigen Vereine „Heimatschützer“ und „Umweltschutzgruppe Vinschgau“ sowie der Partei „Die Grünen“ sahen im Bau der Bewässerungsanlage jedoch verschiedene Probleme. Vor allem bemängelten sie den drohenden Verlust des traditionellen Grabenbewässerungssystems als Kulturgut und Quelle der Biodiversität. Darüber hinaus warnten sie vor dem Wandel der Malser Haide in ein geschlossenes Obstbaugebiet ähnlich dem im mittleren und unteren Vinschgau sowie vor Spekulationen mit Land, die in diesem Zuge entstünden. Auch die Aussicht auf einen hohen Einsatz von Pestiziden im Obstbau beunruhigte sie. Daher äußerten sie gegenüber den lokalen Bauern und Bäuerinnen Bedenken vor der Entscheidung für die Bewässerungsanlage. Diese blieben

jedoch größtenteils unbeachtet. Auch die politischen Verfechter der Bewässerungsanlage aus Regierung, Bauernbund und dem Vinschger Bonifizierungskonsortium, das die Wasserrechte verwaltet, teilten die Bedenken der Gruppen nicht, sodass die Anlage im Jahr 2009 gebaut wurde.



Abb. 9: Titelblatt *Der Vinschger Wind* vom 21.05.2009

Nach Fertigstellung der Bewässerungsanlage titelte die Lokalzeitung, *Der Vinschger Wind*, am 21.05.2009 „Kornkammer wird Obstkorb“ (s. Abb. 9). Angehende Obstbaubetriebe des oberen Vinschgaus sowie interessierte Bäuerinnen und Bauern hatten am 07.01.2009 den landwirtschaftlichen Förderverein St. Veith gegründet, um die Umstellungen im Obervinschgau in Richtung Obstbau gemeinschaftlich zu managen. Nach nur fünf Monaten zählte der Verein 40 Mitglieder und zahlreiche weitere Interessent*innen hatten sich schon für eine Mit-

gliedschaft ab dem kommenden Jahr 2010 gemeldet. Der Verein erhielt Unterstützung durch den damaligen Landesrat für Landwirtschaft, die Vinschgauer Obstgenossenschaft VI.P und die Südtiroler Marketinggesellschaft (SMG). Die VI.P vermarktet das Obst aller Vinschgauer Obsterzeugergenossenschaften in Europa und weltweit. Sie hielt die Mitglieder des Fördervereins an, sich in einer selbstständigen Erzeugergenossenschaft zu organisieren, damit ihr Obst über die VI.P vermarktet werden könne (Bernhart 2009). Beim Forstamt gingen derweil erste Anrufe von finanzstarken Obstbetrieben aus dem Untervinschgau ein, die fragten, wo sie Ackerland im Obervinschgau kaufen könnten, um ihre Obstflächen zu erweitern. Ab diesem Moment wurde den ersten Bürgerinnen und Bürgern klar, dass die Umstellung im Obervinschgau in Richtung Obstbau ihren Gang nehmen würde, wenn sie keinen Widerstand leisteten.

Soziale und ökologische Probleme

Zum Zeitpunkt der letzten landwirtschaftlichen Zählung im Jahr 2010 gab es in der Gemeinde Mals 354 landwirtschaftliche Betriebe. Diese bewirtschafteten insgesamt knapp 12.000 Hektar Grünlandfläche, 44 Hektar Ackerfläche und 22 Hektar neue, intensiv bewirtschaftete Obstflächen (ASTAT 2013). Die Veränderungen in der Agrarstruktur von Grünlandwirtschaft in Richtung Obstbau geschehen vor dem Hintergrund der landwirtschaftlichen Bedingungen im Obervinschgau. Der Begriff Agrarstruktur meint die Art und Weise wie Betriebe in einer definierten Region Landwirtschaft betreiben. Sie ist das Ergebnis eines fortlaufenden Anpassungsprozesses an die naturräumlichen und kulturellen Gegebenheiten vor Ort und gleichzeitig ist sie stark gekoppelt an die sozioökonomischen und politischen Entwicklungen in Südtirol und der Welt. Die Analyse der landwirtschaftlichen Bedingungen gibt näheren Aufschluss über die vielschichtigen sozialen und ökologischen Probleme in der landwirtschaftlichen Entwicklung des Obervinschgau, die zum Malser Weges führten.

Naturräumliche Bedingungen

Zu den naturräumlichen Bedingungen gehören vor allem die Bodenbeschaffenheit und das Klima. Die „Malser Haide“ hat eine mineralstoffreiche, fruchtbare Braunerde mit hoher Wasserspeicherkapazität und Bodenaktivität. Die guten Bodeneigenschaften sind dem Murschutt zu verdanken, aus dem die Malser Haide vor allem besteht. Er gibt durch Verwitterungsprozesse kontinuierlich Mineralien frei (Fischer 1974). Im Gegensatz zum Talboden sind die Hänge der angrenzenden Berge weniger fruchtbar und besonders der steile und der Sonne exponierte Sonnenberg ist durch Erosion und Abschwemmung gefährdet. Die Malser Haide ist daher eine begehrte landwirtschaftliche Gunstregion sowohl für den Obstbau als auch die Grünlandwirtschaft. Der Anbau von Monokulturen belastet Böden, da über Jahre immer die gleichen Nährstoffe gebraucht werden. Um die einseitige Nutzung auszugleichen, werden künstliche Dünger eingesetzt.

Zusammen mit den chemisch-synthetischen Pestiziden führen diese jedoch langfristig dazu, dass die Lebewesen im Boden absterben und der Boden auslaugt.

Klimatisch betrachtet ist der gesamte Vinschgau ein inneralpines Trockental mit einem jährlichen Niederschlagsmittel von nur 450-600 Millimeter und einem jährlichen Temperaturmittel von 6 Grad an der Malser Talsohle. Inneralpine Täler haben ein geringes Niederschlagsaufkommen, da sie von hohen Bergketten umgeben sind, an denen die Wolken abregnen, bevor sie das Tal erreichen können. Die Temperatur kann je nach Lage stark vom Mittelwert abweichen, außerdem kommt es zu hohen Schwankungen zwischen Tag und Nacht. An den Sonnenhängen ist es heißer und trockener. Hier wachsen Pflanzenarten, die sonst nur in Steppengebieten zu finden sind (Autonome Provinz Bozen - Südtirol 2011). Die Effekte des Klimawandels, der sich in den Alpen überdurchschnittlich ausprägt, verschärfen die Trockenheit. Nach einer Studie von 2018 ist die durchschnittliche Jahrestemperatur in Südtirol seit den 1960er Jahren um 1,5 Grad angestiegen, im Sommer ist es in den Städten Bozen und Brixen sogar 3 Grad wärmer geworden. Die Anzahl der Tropentagen, das heißt Tage, an denen die Temperaturen auf über 30 Grad klettern und nicht unter 20 Grad fallen, hat sich darüber hinaus auf 31 Tage verdoppelt. Bis zum Jahr 2050 rechnet die Wissenschaft laut einer pessimistischen Rechnung mit einem weiteren Anstieg der Durchschnittstemperatur um 1,5 Grad (EURAC 2018). Derzeit überwiegen die Vorteile des Klimawandels für den Obstbau gerade in hohen Lagen. Entscheidend ist der Rückgang der Nachtfrostgefahr und die Verlängerung der Vegetationszeit. Langfristig rechnen Experten jedoch mit zu geringen tageszeitlichen Temperaturschwankungen, Starkregen und engeren Erntefenstern. Daher warnen sie vor den zukünftigen negativen Auswirkungen des Klimawandels wie verminderte Fruchtqualität, hoher Schädlingsbefall und Wasserknappheit (Steiner 2014).

Ein weiterer, klimatischer Faktor für die Landwirtschaft ist der „Vinschger Oberwind“. Dieser relativ konstante Nord-Süd Wind weht durch das gesamte Vinschgau und vermindert die Anfälligkeit der Obstbäume für Krankheiten. Besonders stark ist er im Obervinschgau, wo er dazu führt, dass die Bäume auf der Malser Haide augenscheinlich schief wachsen. Außerdem hat er eine hohe Oberflächenverdunstung zur Folge (Fischer 1974). Die Kombination aus Wind, geringem Niederschlag und hoher Sonneneinstrahlung macht eine Bewässerung der Talsohle im Vinschgau für jegliche Art von Landwirtschaft unausweichlich. Der Obstbau ist besonders bewässerungsintensiv und verbraucht trotz hocheffizienter Bewässerungsanlagen schon heute 60 Prozent der gesamten Bewässerungsmenge der Südtiroler Landwirtschaft. Durch den Anstieg der Temperaturen und die Ausweitung der Obstbauflächen wird der Wasserverbrauch durch die Obstwirtschaft tendenziell steigen. Aber auch andere Wirtschaftsbranchen, wie der Tourismus, und die privaten Haushalte werden durch den Klimawandel mehr Wasser benötigen. Langfristig wird der Obstbau daher mit anderen Verbrauchern um knappe Wasserressourcen konkurrieren müssen (EURAC 2018).

In der Wahrnehmung der Malser Bewegung ist das Hauptproblem des Obstbaus, welches aus den natürlichen Bedingungen im Obervinschgau hervorgeht, die Abdrift von Pestiziden. Die hohen Temperaturen und der konstante Wind tragen dazu bei, dass sich während der Pestizidspritzungen feine, gasartige Aerosole bilden, die die Wirkstoffe in die Höhe treiben und in der Luft verwehen. Diese legen sich dann auf angrenzende Felder, Siedlungen oder Kinderspielflächen nieder (Linhart et al. 2019) und können sogar noch in mehreren Kilometern Entfernung in der Luft nachgewiesen werden (Umweltinstitut München e.V. 2019). Schmetterlinge sind Bioindikatoren für den Zustand der Umwelt. Gerade die Familie der Widderchen (*Zygaenidae*) sind sehr empfindlich für Luftkontaminationen. Der Schmetterlingsforscher G.M. Tarmann wies seit den 1960er Jahren im Obervinschgau reiche Populationen der Widderchen nach. Zwischen 2015 und 2018 konnte er im Talboden des Obervinschgaus jedoch keine Populationen der seltenen Schmetterlingsfamilie mehr nachweisen, obwohl dort weiterhin ein gutes Nahrungsangebot und Klima herrscht. Das Verschwinden der Widderchen führt er mit großer Wahrscheinlichkeit auf die Abdrift von Pestiziden im Talbereich zurück, da sie in den höhergelegenen Seitentälern des Obervinschgaus weiterhin vorkommen (Tarmann 2019).

Kulturelle Bedingungen

Aufgrund der Trockenheit ist der gesamte Vinschgau durchzogen von einem verästelten Netz an Bewässerungsanlagen, welches historischen Ursprung hat. Das traditionelle System von Bewässerungsgräben, die sogenannten Waale, wurde im Jahr 1136 erstmals schriftlich erwähnt, es ist jedoch noch älter. Von Hand angelegte Kanäle transportierten das Wasser aus den meist niederschlagsreichen Seitentälern in das trockene Haupttal und verbreiteten es dort flächendeckend (s. Abb. 10). Einst umfassten die Hauptwaale eine Gesamtlänge von 600 Kilometern, hinzu kamen unzählige weitere Kilometer an Nebenwaalen, sogenannte Pingger und Wiesenkanäle, die Ilzen. Die Waale wurden mithilfe von Brettern an den gewünschten Stellen zum Überlaufen gebracht, sodass das Wasser über die zu bewässernden Wiesen rieseln konnte. Oft trieb das fließende Wasser in den Kanälen auch Mühlen oder Sägewerke an, füllte die Tiertränken auf und brachte Trink- und Wirtschaftswasser in die Haushalte (Perting 2012; Bodini 1993).

Heute ist das Waalsystem nur noch im oberen Teil der Malser Haide erhalten. Die meisten der einstigen Kanäle wurden durch unterirdische Bewässerungsrohre ersetzt, so auch beim Bau der modernen Bewässerungsanlage auf der unteren Malser Haide. Das neue automatisierte Sprenglersystem erspart den Bauern und Bäuerinnen viel Handarbeit für die Instandhaltung der Waale und das Berieseln der Wiesen. Mit dem Verlust der Waale ging jedoch auch die Biodiversität zurück, denn gerade am Übergang von Waal zur Wiese besteht eine reiche Flora und Fauna. Zum Beispiel erkennt man den Verlauf des noch erhaltenen Oberwaals am trockenen Sonnenberg genau durch den angrenzenden Streifen grüner Vegetation. Darüber hinaus verliert der Obervinschgau durch die moder-

nen Bewässerungsanlagen ein geliebtes Kulturgut. Dieses umfasst den für das Berieseln der Felder zuständigen Beruf des Waalers, zahlreiche Lieder, Gedichte und Mythen sowie einen reichen dialektalen Wortschatz, der auf die rätoromanischen Vorfahren der Region aus dem 17. Jahrhundert zurückgeht.



Abb. 10: Waale auf der Malser Haide

Neben dem Waalsystem ist die prägnanteste Hinterlassenschaft der rätoromanischen Zeit für die Landwirtschaft das Prinzip der Realerbteilung. Es sieht vor, dass das gesamte Erbe, einschließlich des Hofes und aller Wirtschaftsgüter im Todesfalle gleichmäßig auf die Hinterbliebenen aufgeteilt wird. Damit unterscheidet es sich vom germanischen Anerbenrecht, nach dem der Hof als Ganzes an einen Nachkommen vererbt werden muss, damit dieser wirtschaftsfähig bleibt. Die Realerbteilung hat zur Folge, dass der Obervinschgau eine sehr kleine Parzellierung der Flur aufweist. Kaum eine Landfläche ist größer als ein Hektar, der Durchschnitt beträgt nur einen halben Hektar (Autonome Provinz Bozen - Südtirol 2010). Darüber hinaus sind die Flächen eines Betriebes weit verstreut und insgesamt befinden sich etwa zwei Drittel der Gesamtfläche im Besitz weichen der Erben. Dies sind Personen, die Land geerbt haben, aber nicht mehr selber landwirtschaftlich tätig sind und ihre Parzellen daher verpachten (Tirol Atlas). Im Umkehrschluss besitzen die Betriebe häufig nur zwei bis drei Hektar Eigenland, den Rest ihrer Nutzflächen pachten sie von weichen der Erben. Insgesamt bewirtschaften die Betriebe im Schnitt zwischen zwei und zehn Hektar (ASTAT 2013). Das enge nebeneinander der kleinen Landparzellen, die voll ausgenutzt

werden müssen, ist ein weiterer Grund dafür, dass eine Pestizidabdrift sehr schnell zu Schäden an den benachbarten Grundstücken führt.

Noch wird die Grünlandwirtschaft auf der Malser Haide kaum von anderen Kulturen unterbrochen, sodass sie gleichmäßig grün und die Kleinstparzellierung kaum sichtbar ist. Bis in die 80er Jahre hinein glich der Murkegel jedoch einem Fleckenteppich unterschiedlicher Kulturpflanzen, dessen Antlitz die Dichterin Wilhelmine Habicher aus Mals (1927-2013) lyrisch festhielt. Für die Dorfgemeinschaft bedeutet das Patchwork an Besitzverhältnissen eine besondere soziale Nähe, sowohl auf der Flur als auch im Dorf, denn auch die Wohnhäuser haben häufig zwei bis drei Mitbesitzer*innen. Hauswand steht an Hauswand und auch die Hofstätten liegen meistens in den sogenannten Haufendörfern, sodass ein verhältnismäßig enger Kontakt zwischen den Dorfbewohner*innen herrscht (Loose 1976). In Fällen wie dem Nutzungskonflikt um die Malser Haide schlägt die Nähe jedoch in eine soziale Enge um, die von den Betroffenen als erdrückend wahrgenommen wird, da sich die unterschiedlichen Interessensgruppen kaum aus dem Weg gehen können.

Dr Vinschgr Fleckteppich

I sitz an Sankt Stefan
 Unt schaug ibrs Länd.
 Tausat kloane Viaregg
 Sain glaim neebnanänd.

Kleeeackr unt Schpaatwiisn
 unt längschmelchats Hai,
 Tainan voll Eechrn,
 viil Getroad isch drbai.

Di Feldr schean gschpreggt,
 oub geel oudr grean;
 `s Tool isch a Prächt,
 Wia Flechlteppich schean.

Es gibb koane Groaßbaurn,
 Oobr viil riarige Lait;
 si árbatn di Toolsoul,
 a di Meísr unt di Rait.

Wail koanr in Ibrblick
 Ibr sai Hoob vrlieart,
 Blaib – will Gott! – dr Vinschgau
 állm gsunt kariart.

Wilhelmine Habicher, 1989

Wirtschaftliche und politische Bedingungen

Die naturräumlichen und kulturellen Bedingungen im Obervinschgau hatten historisch großen Einfluss auf die sozioökonomische Lage der Bevölkerung. Bis Mitte des letzten Jahrhunderts war ihre Geschichte von Armut und Auswanderung geprägt, denn die Bewirtschaftung der alpinen Naturlandschaft verlangte einen hohen Arbeitseinsatz und die Realerbteilung führte dazu, dass häufig zu wenig Fläche für die Versorgung der Familien zur Verfügung stand. Während des Mittelalters bildete sich daher eine Bevölkerungsgruppe von Wanderhändlern, sogenannte „Karrner“. Sie versuchten in der Ferne ein Einkommen zu erzielen, indem sie mit Waren handelten, die sie in einem Karren, „Karrn“ zogen (Loose 1976). Im 18. und 19. Jahrhundert entstand aus den ärmlichen Verhältnissen die Schwabengängerei. Bauernkinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren wurden über 300 Jahre lang aus den Realerbgebieten des alpinen Raumes als Saisonarbeiter nach Schwaben geschickt, wo sie häufig erstmals satt wurden und Kleidung bekamen (Spiss 2018). Entgegen dieser historischen Armut geben in

Südtirol heute, im Vergleich zu andern Alpenregionen und zum europäischen Flachland, verhältnismäßig wenige landwirtschaftliche Betriebe auf. Dennoch ist auch hier die Zahl der Betriebe seit den 1990er Jahren rückläufig, da die Betriebe dem ökonomischen Druck des Weltmarktes nicht standhalten können. Bei der letzten landwirtschaftlichen Zählung im Jahr 2010 gab es insgesamt 20.247 Betriebe, das sind 12,1 Prozent weniger als im Jahr 2000 (ASTAT 2013). Insgesamt stehen also die Bäuerinnen und Bauern der kleinstrukturierten Südtiroler Bergbetriebe vor der Herausforderung ökonomisch nachhaltig zu wirtschaften.

Südtirols Landwirtschaft setzt sich heute zu etwa gleichen Teilen aus weitgehend spezialisierten Weideviehbetrieben und spezialisierten Dauerkulturbetrieben (Wein und Obst) zusammen. Viele Bäuerinnen und Bauern haben neben der Landwirtschaft einen Neben- oder Zuerwerb, da ihr Einkommen aus der Landwirtschaft zu gering ist. Die Umstellung auf Obstbau erscheint vielen Betrieben attraktiv, da die Branche eine finanzielle und organisatorische Sicherheit bietet. Ein durchschnittlicher Dauerkulturbetrieb bewirtschaftet im Jahr 2,9 Hektar, investiert 341 Arbeitstage und erwirtschaftet einen betrieblichen Standardoutput (Betriebsumsatz vor Steuern) von 33.400 Euro im Jahr. Ein Viehbetrieb bewirtschaftet dagegen durchschnittlich 11,4 Hektar, investiert 522 Arbeitstage und erwirtschaftet einen Standardoutput von lediglich 23.700 Euro im Jahr. Dies bedeutet, dass Dauerkulturbetriebe im Schnitt mit weniger Arbeits- und Flächeneinsatz knapp 50 Prozent mehr Umsatz (vor Steuern) erzielen (Holtkamp 2016; ASTAT 2014).

Neben diesen wirtschaftlichen Vorteilen bietet eine Mitgliedschaft in den Südtiroler Obstgenossenschaften den Produzent*innen eine enorme organisatorische Erleichterung, denn Anbau und Vermarktung sind gut durchorganisiert. Die Vinschgauer Obstbetriebe sind Mitglied in einer von sieben Erzeugergenossenschaften, die zusammen die Vinschgauer Vermarktungsgenossenschaft für Obst (Vi.P) betreiben. Diese ist wiederum an der norditalienischen Exportgenossenschaft (FROM) beteiligt. Zusätzlich spezialisierten die Genossenschaften den gesamten Anbau auf wenige, gewinnbringende Sorten, betreiben gemeinsame Lager- und Vermarktungsinfrastrukturen und regulieren Anbautechnik und Erntefenster. Durch die Rationalisierung des Anbaus produziert die Südtiroler Apfelwirtschaft eine einheitliche Qualität und eine ausreichende Warenmenge für die Weltmärkte. Über den Südtiroler Bauernbund, der in jeder Legislaturperiode einige Landesräte und Landtagsabgeordnete stellt, haben die Genossenschaften und Funktionäre darüber hinaus eine direkte Verbindung in die politischen Entscheidungsebenen. Insgesamt ist die Obstwirtschaft durch ihren wirtschaftlichen Erfolg und das dichte politische Netzwerk die mächtigste landwirtschaftliche Branche in Südtirol. Die einzelnen Mitgliedsbetriebe haben dagegen durch die hierarchische Organisation der unterschiedlichen Genossenschaftsebenen (Anbau, Vermarktung, Export) und die umfassenden Vorgaben nur noch wenig Mitspracherecht darüber, wie sie ihr Obst produzieren und vermarkten.

Seit sich die untere Malser Haide durch das neue Bewässerungssystem für den Obstbau eignet, haben finanzstarke Obstbauern und -bäuerinnen aus dem unteren und mittleren Vinschgau ein hohes Interesse, Flächen von weichenden Erben zu kaufen, um ihre Anbauflächen zu erweitern. Malser Viehbetriebe berichteten, dass sich der Marktpreis dadurch innerhalb weniger Jahre um 500 Prozent erhöhte, von 6 bis 8 Euro pro Quadratmeter um die Jahrhundertwende auf 35-40 Euro pro Quadratmeter im Jahr 2018. Um die Städte Meran und Bozen sind die Preise für einen Hektar landwirtschaftlicher Fläche noch höher. Die lokalen Viehbetriebe in Mals können sich schon jetzt die gestiegenen Landpreise nicht leisten. Gleichzeitig wächst der Anreiz der weichenden Erben ihre Flächen zu verkaufen, denn mit einem halben Hektar Land können sie bis zu 200.000 Euro verdienen. Die Viehbetriebe im Obervinschgau sind dadurch langfristig gezwungen mit weniger Fläche auszukommen. Eine Möglichkeit, die viele in Betracht ziehen, ist auf Obstbau umzustellen, da hier der Ertrag pro Hektar höher ist als in der Grünlandwirtschaft. Der Aufkauf von Grund durch externe Obstbetriebe wird von einigen Malser Bürgerinnen und Bürgern als Landraub wahrgenommen, da ihre Heimat nun durch Personen gestaltet wird, die nicht zur Gemeinde Mals gehören und die Flächen für ihre Nachkommen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Es wird deutlich, dass ökonomischer Druck und politische Förderungen die Bauern und Bäuerinnen im oberen Vinschgau dazu veranlassen, von Viehwirtschaft auf Obstwirtschaft umzustellen. Ökologische, kulturelle und gesundheitliche Faktoren sprechen jedoch dagegen. Diese werden vom Großteil der Malser Bürger und Bürgerinnen als Problem empfunden, die sie ihre Grundwerte und Lebensweise stark beeinträchtigen und ihre Gesundheit gefährden. Aus dieser Wahrnehmung heraus bildete sich in der zweiten Phase der Bewegung ein sozialer Protest.

Apotheke: Aufbau von Protest

Der symbolische Bezugspunkt der Protestphase ist die Gerichtsapotheke am Peter-Glückh-Platz in Mals, denn der Apotheker Johannes Fragner-Unterpertinger ein wichtiger strategische Kopf und Sprecher der Malser Bewegung. Schon seit 1968 befindet sich die Gerichtsapotheke im Eigentum der Familie (s. Abb. 11). Aus seinem Büro versendet Johannes wöchentlich Neuigkeiten zum Malser Weg in die Welt. Außerdem koordiniert er viele Aktionen der Bewegung im Dorf, vertritt ihre Interessen vor Gericht und ist eine Ansprechperson für interessierte Besucherinnen und Besucher.



Abb.11: Die Gerichtsapotheke in Malst

Das Schlüsselereignis, welches den Beginn der Protestphase markiert, ereignete sich im Frühsommer des Jahres 2010 in der Fraktion Laatsch. Der begeisterte Biobauer Günther Wallnöfer fand nach der ersten Mahd seiner Dorfweise eine hohe Dosis Pestizidrückstände auf dem Heu. Der Jungbauer hatte seinen Betrieb im Jahr 2006 auf biologische Landwirtschaft umgestellt. Außerdem wollte Günther eine vielfältige Landwirtschaft betreiben, anstelle zu intensivieren und sich auf den Anbau weniger Kulturen, zum Beispiel Äpfel, zu spezialisieren. Dazu hält er neben Kühen auch Schweine und Hühner, baut verschiedenstes Gemüse an, erzeugt seine eigenen Futtermittel und veredelt seine Produkte. Neben seiner Dorfweise betreibt ein Nachbarbauer jedoch seit 2010 eine Apfelanlage. Nachdem die ersten Behandlungen mit Pestiziden durchgeführt worden waren, wurde Günther misstrauisch, da es nicht danach aussah, als machten die Pestizidnebel an der Grundstücksgrenze halt. Daher nahm er Heuproben und schickte sie zur Kontrolle in ein Labor. Die Testergebnisse übertrafen seine Befürchtungen, da jede Probe Rückstände von mehreren Pestiziden enthielt. Die Rückstände bedeuteten eine große Gefährdung für den gut laufenden Betrieb, da das betroffene Heu die Zulassung als Biofutter verlor. Gleichzeitig stellte die Situation die ganze Dorfgemeinschaft unter Druck, denn in Laatsch kennt jeder jeden und Konflikte zwischen Nachbar*innen können sich über Generationen halten (Ackerman-Leist 2017). Die Testergebnisse von Bauer Günther führten den Malser Vieh- und Biobetriebe erstmals konkret vor Augen, welche Auswirkungen der Obstbau im Obervinschgau auf ihre Betriebe haben kann. Daher

wuchs das Bedürfnis der Betroffenen, die anstehenden Veränderungen in der Landwirtschaft so zu gestalten, dass niemand Schaden nimmt. Nachfolgend wird beschrieben, wie sich aus dieser Situation eine Protestbewegung entwickelte.

Etablierte demokratische Wege sind blockiert

Nach dem Pestizidfund auf der Biowiese in Laatsch versuchten die Biobäuerinnen und -bauern zunächst durch Gespräche ein gutes Nebeneinander von biologischer und konventioneller Landwirtschaft zu ermöglichen. Bei ihren Bemühungen wurden sie durch die Gemeinde Mals unterstützt. Im Laufe des Sommers 2010 lud die Gemeinde Repräsentant*innen der biologischen und der konventionellen Landwirtschaft zu einer Reihe von Treffen ein. Die Anhänger*innen der biologischen Landwirtschaft wurden vertreten durch die

Pestizidbelastung in Südtirol

Ein Apfel wird in Südtirol durchschnittlich über 20 Mal pro Saison gespritzt. Daher werden hier pro Hektar anwendbarer Fläche, d.h. landwirtschaftliche und gartenbauliche Nutzfläche ohne Wiesen und Weiden, um ein Vielfaches mehr an Pestizidwirkstoffe verkauft als im italienischen Durchschnitt. Südtirolweit lag der höchste Wert der Periode 2001 bis 2017 bei 58,8 kg verkaufter Wirkstoffe pro Hektar im Jahr 2006 und der niedrigste bei 31,9 kg/ha im Jahr 2012 (Umweltinstitut München e.V. 2020). Dagegen lag er italienweit in der gleichen Periode bei minimal 10,3 kg/ha im Jahr 2002 und maximal 5,9 kg/ha im Jahr 2012. Insbesondere die Verkaufsmenge von Fungiziden sowie Insektiziden und Akariziden lag in den vergangenen Jahren etwa vier respektive zwanzig Mal über dem italienischen Durchschnitt (Istat). Nicht nur die Pflanzen, auch die Luft in Südtirol ist zwischen Mitte März und Ende August mit bis zu 20 Pestiziden gleichzeitig belastet (Hofman et al. 2018). Die Ausbringungsmengen der einzelnen Wirkstoffe entsprechen den gesetzlichen Richtlinien der European Food Safety Authority (EFSA). Toxikolog*innen wie Hermann Kruse oder Irene Witte kritisieren, dass die Richtlinien der EFSA jedoch kumulative und sich potenzierende Kombinationswirkungen mehrerer Wirkstoffe nicht beachten (Laner 2013).

Umweltschutzgruppe Vinschgau und die Gruppe der Biobauern und -bäuerinnen Mals. Die Befürworter*innen des Obstbaus waren vertreten durch den Südtiroler Bauernbund, das landwirtschaftliche Versuchszentrum Laimburg, der Beratungsring und der Obstbauernverein St. Veith. Es wurde besprochen, wie Obstanlagen im Obervinschgau angelegt und bewirtschaftet werden sollten, damit eine Pestizidabdrift auf angrenzende Wiesen verhindert werden kann. Die Ergebnisse wurden im "Leitfaden zur Neuanlage von Obstanlagen im Grünlandgebiet" festgehalten. Unter anderem sahen sie höhere Abstände zwischen Pflanzungen und Grundstücksgrenzen, die Anpassung der Spritztechniken sowie physische Abhaltungsmaßnahmen wie hohe, dichte Hecken vor.

Die Unterstützer*innen der biologischen Landwirtschaft hatten nach den Gesprächen jedoch nicht das Gefühl, dass die freiwilligen Maßnahmen ernsthaft umgesetzt werden würden. Sie warfen den Anhänger*innen des Obstbaus vor, den Leitfaden nicht mit der notwendigen Konsequenz an die landwirtschaftlichen Betriebe zu vermitteln.

Außerdem war die Umweltschutzgruppe aufgrund von weiteren Proben mittlerweile zu dem Schluss gekommen, dass sich die Pestizidabdrift auch durch die geplanten Schutzmaßnahmen kaum vollständig verhindern ließe, da die Kombination aus Thermik und Wind im Obervinschgau die Pestizidabdrift begünstigt. Vor diesem Hintergrund gründeten einige Malser Biobauern und -bäuerinnen zusammen mit Konsumentinnen und Konsumenten im März 2011 die Initiativgruppe „Adam & Epfl“. Ihr Ziel war es, einen öffentlichen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft im Obervinschgau anzuregen, um einen konstruktiven Umgang mit der Ausweitung des konventionellen Obstbaus zu finden. Ihr Anliegen bestand darin, der Bevölkerung den Wert einer vielfältigen Kulturlandschaft zu vermitteln, der vor allem durch eine extensive, biologische Landwirtschaft geschaffen wird. Dazu braucht es allerdings die Bereitschaft der Bürger*innen die lokalen Bioprodukte zu kaufen (Adam & Epfl).

Bauer Günther schloss sich dieser Bürgerinitiative nicht an, sondern versuchte es in seiner Funktion als Mitglied des Biolandvorstands zunächst noch einmal über das Gespräch mit der Politik. Am 28.03.2012 wurde er beim Landeshauptmann, Luis Durnwalder, vorständig und forderte eine Lösung für das Problem der Pestizidrückstände. Durnwalder versprach, dass das landeseigene landwirtschaftliche Versuchszentrum Laimburg ein Versuchsfeld in der Gemeinde Mals aufbauen werde, um die Abdrift von Pestiziden im Obstbau zu untersuchen und Lösungen zu finden. Wenig später wurden sogar zwei Versuchsfelder angelegt. Viele Malser*innen vermuteten allerdings, dass die vordergründige Intention der Laimburg darin bestand mit den Untersuchungen auf den Versuchsfeldern die Ausweitung des Obstbaus zu fördern, aber nicht das Pestizidproblem zu lösen. Zu diesem Zeitpunkt interessierten sich sowohl die Landesregierung als auch die bäuerlichen Beratungsorganisationen nur wenig für die Sorgen der Malser Biobauern und -bäuerinnen. Stattdessen begrüßten sie den Beschluss der Obervinschgauer Obstgenossenschaft (OVEG) eine neue Produktionsstraße in der nahegelegenen Gemeinde Prad zu bauen und ein selbstständiges Mitglied der Vinschgauer Vermarktungsgenossenschaft Vi.P zu werden (Bernhart 2009). Mit diesem Schritt wurden wichtige Weichen gestellt, damit der Obstbau im Obervinschgau weiterwachsen konnte.

Im gleichen Zeitraum plante der Malser Bürgermeister Ulrich Veit die Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf Entwicklungen in der Gemeinde zu stärken. Veith ist ein Quereinsteiger in der Politik und wurde im Jahr 2009 gewählt, kurz nach dem Bau der neuen Bewässerungsanlage. Das Jahr 2009 war daher nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Lokalpolitik ein Aufbruch. Veith hatte durch seine ehemalige Arbeit in der Schweiz die direkte Demokratie kennen und schätzen gelernt. Daher ließ er nach Beginn seiner Amtszeit von einer Arbeitsgruppe entwerfen, welche Maßnahmen der direkten Demokratie sich in der Satzung der Gemeinde Mals umsetzen lassen könnten. Im Jahr 2012 wurde daraufhin zunächst eine Satzungsänderung durchgeführt, die es den Malser*innen ermöglichte, Volksabstimmungen auf Gemein-

deebene zu initiieren und Entscheidungen des Gemeinderates zurückzuweisen, damit dieser sie noch einmal überarbeitet. Anschließend wurde im Jahr 2013 eine Klausel ergänzt, die den Gemeinderat dazu verpflichtet, die Gemeindefassung innerhalb von sechs Monaten entsprechend dem Volksentscheid zu ändern. Zuvor hatten die Bevölkerung und die Gemeinde kaum einen Einfluss auf die Bewirtschaftung der privaten landwirtschaftlichen Nutzflächen und damit auch nicht auf die Entwicklung der Kulturlandschaft. Mit der Möglichkeit der Volksabstimmung änderte sich dies. Sie wurde in der Folge zum zentralen Instrument der Protestphase.

Neue Wege politischer Mitbestimmung

In den Jahren 2012 bis 2014 hatten die Malser*innen drei Mal die Möglichkeit ihre Meinung zum anstehenden Agrarstrukturwandel in offiziellen Befragungen zu äußern. Zunächst ließ die Umweltschutzgruppe eine repräsentative Telefonumfrage von einem Meinungsforschungsinstitut durchführen, dann sammelte das Promotorenkomitee Unterschriften für die Initiierung der Volksabstimmung und zuletzt konnten alle wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger über ein Pestizidverbot abstimmen. Die Ergebnisse der Telefonumfrage wurden auf einer Bürgerinformationsveranstaltung im März 2013 vorgestellt. Sie ergab, dass 80 Prozent der Befragten die Ausweitung des Obstbaus kritisch sahen. Das Ergebnis gab den bereits aktiven Bürgerinitiativen die Legitimation, weiter gegen die Ausbringung von Pestiziden vorzugehen. Darüber hinaus veranlassten die Berichte weitere Personen, die sich zuvor weniger mit der lokalen Landwirtschaft beschäftigt hatten, dazu neue Bürgerinitiativen zu gründen.

Parallel entstand die Idee, chemisch-synthetische Pestizide per Volksabstimmung zu verbieten. Dazu gründeten 47 Malser Bürgerinnen und Bürger am 25.02.2013 ein Promotorenkomitee, um die Volksabstimmung über das Pestizidverbot formell bei der Gemeinde Mals zu beantragen (s. Abbildung 12). Der Apotheker Johannes Fragner-Unterperntinger wurde zum Sprecher des Komitees ernannt, da er als Selbstständiger nicht vom Wohlwollen der Regierung und von Arbeitgebern abhängig ist. Das Promotorenkomitee setzte sich aus Einzelpersonen aus Mals sowie aus Repräsentant*innen der Bürgerinitiativen zusammen. So konnten Entscheidungen des Komitees unter Berücksichtigung möglichst vieler Einzelmeinungen gefällt werden. Im April 2013 beantragte das inzwischen auf 74 Mitglieder gewachsene Promotorenkomitee die Initiierung der geplanten Volksabstimmung bei der Gemeindeverwaltung. Nachdem sie anfängliche Formfehler ausgebessert hatten, erhielten sie im August 2013 die Genehmigung. Zunächst musste das Komitee innerhalb von drei Monaten mindestens 289 Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern sammeln, die die Durchführung der geplanten Volksabstimmung befürworteten. Die Aktion startete am 14.02.2014 und schon nach einem Monat lagen genug Unterschriften vor. Insgesamt unterschrieben sogar 800 Bürger*innen, ein Sechstel der Bevölkerung. Damit war im Mai 2014 die erste Hürde zur Abhaltung der Abstimmung genommen.



Abb. 12: Logo des Promotorenkomitees

Eine Schmetterlings-Blume

deren zwei Blütenblätter = Flügel (yin & yang) eine Herzform haben, was unsere Liebe zu unserer Gemeinde und zur Natur ausdrücken soll.

Unter den Flügeln, leicht und zart, als wäre es nur eine Musterung der Flügel, das stilisierte Malser Gemeindewappen.

Die zwei Fühler weisen in den Himmel (yin).

Der Stängel ist fest mit der Erde (yang) verbunden, eben geerdet, wie wir (Ober)Vinschger es alle sind.

In der Mitte der Schmetterlingsblume die Zahl 74, die die Anzahl der Erst-Promotoren ist, deren Unterschrift wir am 26. August 2013 am Gemeinde-Sekretariat hinterlegt haben.

Informieren und mobilisieren

Als nächstes mussten die Promotor*innen die gesamte Malser Bevölkerung eingehend über die Pestizidproblematik aufklären, um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger eine ausreichende Wissensgrundlage für die Volksabstimmung besitzen. Außerdem wollten die Promotoren eine möglichst hohe Wahlbeteiligung erreichen. Die Initiativgruppen informierten sich und die Bevölkerung in dieser Zeit verstärkt über die Auswirkungen verschiedener Pestizide auf Umwelt und Gesundheit. Einen wichtigen Beitrag zur öffentlichen Bewusstseinsbildung leistete die Frauengruppe Hollawint, die zwei Malserinnen im Juni 2013 gründeten. Auf der Bürgerinformationsveranstaltung der Umweltschutzgruppe im März des gleichen Jahres hatten die beiden Frauen von den Problemen einiger Biobetriebe und den Ergebnissen der Telefonumfrage erfahren. Die Situation der Pestizidabdrift empfanden sie als ungerecht für die Biobetriebe und unakzeptabel für ihre Familien und die Umwelt. Gerade im Hinblick

auf ihre Kinder wünschten sie sich den Erhalt eines gesunden Lebensumfeld und der offenen Kulturlandschaft. Daher beschlossen sie aktiv zu werden und die Vorbereitung der Volksabstimmung zu unterstützen.

Im Rahmen ihrer ersten Aktion verteilten die Frauen in ihrer Nachbarschaft und ihrem Bekanntenkreis eine Textvorlage für Leserbriefe, die am gleichen Tag von möglichst vielen Menschen in der Lokalzeitung, der *vinschger wind* (2013), veröffentlicht werden sollten. Angesichts der Pestizidfunde wird Bürgermeister Veith darin gebeten, für die Gesundheit der Bürger*innen Sorge zu tragen. Zum Stichtag druckte die Zeitung besagte Leserbriefe von über 70 Malser*innen ab (s. Abbildung 13). Die Aktion verursachte eine große Aufmerksamkeit in der Gemeinde, denn in einem Dorf mit 5000 Einwohner*innen und engen sozialen Kontakten kostet es Überwindung sich öffentlich zu einem Problem zu positionieren und dadurch Konflikte mit anderen Gemeindemitgliedern in Kauf zu nehmen. Die Leserbriefaktion ermöglichte es einem Kreis von Bürger*innen erstmals ihre Meinung in der Öffentlichkeit zu äußern. Nach dem Erfolg ihrer ersten Aktion, veranstaltete die Hollawint-Gruppe eine ganze Reihe weiterer, kreativer Veranstaltungen, unter anderem eine Transparentaktion, Mahnwachen und das Aufstellen lebensgroßer, in Schutzanzügen gekleideter Puppen. Die Gruppe wuchs dadurch um weitere Frauen, die sich engagieren wollten. Bei allen Aktionen legten sie großen Wert auf eine positive Sprache und Kreativität, damit sich die Bürger*innen mit Freude und einem guten Gefühl beteiligen konnten. Auf diese Weise bezogen immer mehr Malser*innen Stellung zur Pestizidproblematik.

Neben den „Hollawint-Frauen“ erhöhten auch die anderen Malser Initiativen ihre Taktfrequenz, sodass zwischen Frühjahr 2013 und August 2014 ein Feuerwerk von Aktionen abgehalten wurde (s. Abbildungen 14-18). Zum Beispiel veröffentlichten die Mediziner*innen und Pharmakolog*innen der Region ein Manifest, in dem sie vor den Gesundheitsgefahren warnten, die von den Wirkstoffen in den Spritzmitteln ausgehen. Darüber hinaus veranstalteten Adam&Epfl, Bioland und die Stiftung Landschaft Südtirol Kulturfestivals mit agrarpolitischen Themen. Das Promotorenkomitee lud über 20 Wissenschaftler*innen zu öffentlichen Vorträgen ein und der Verein für Heimatschutz sowie die Umweltschutzgruppe organisierten naturkundliche Wanderungen und Umweltpflegeaktionen. Durch die Vielfältigkeit ihrer Aktionen, die verschiedene emotionale und sinnliche Ebenen ansprachen, schaffte es die Aktivist*innen die Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit zu mobilisieren.

Die Aktionen der Bürgerinitiativen deckten eine Bandbreite von Themen ab, von Gesundheit über Umweltschutz, nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung bis hin zur Gestaltung der Kulturlandschaft. Aus strategischen Gründen einigte sich das Promotorenkomitee jedoch darauf, die Volksabstimmung hauptsächlich auf dem Thema „Schutz der Gesundheit“ aufzubauen. Der Grund dafür war, dass sie juristisch nur dann eine Chance haben würden, Pestizide zu verbieten, wenn sie sich auf die EU-Richtlinie 2009/128 EG zur nachhaltigen Nutzung



Abb. 14: Plakat an einem Balkon



Abb. 15: Plakat an einem Gartenzaun



Abb. 16: Puppe mit Schutzanzug



Abb. 17: Vortragsplakat



Abb. 18: Führung durch einen Biogemüsegarten

Abstimmung trotz Gegenbewegung

Im Zuge der Gegenbewegung setzten Teile der Regierung und bäuerliche Organisationen seit Beginn des Malser Widerstandes darauf, kleinere Reformen durchzuführen, um die Forderungen des Malser Weges zu zerstreuen ohne grundlegende Veränderungen tätigen zu müssen. Zunächst ordnete die Regierung erhöhte Abstände zwischen der ersten Obstbaumreihe, die gespritzt wird, und angrenzenden Grundstücken an. Die neuen Abstände betragen für Obstplantagen acht Meter und für Weinberge fünf Meter. Doch beim Einsatz neuer Zerstäubertechnologie reduzierten sich diese Abstandsvorgaben um die Hälfte (WWF Trentino-Alto Adige 2012). In Übereinstimmung mit der Naturschutzorganisation World Wide Fond for Nature (WWF) in Trient beklagten Malser Initiativen, dass diese Reform viel zu schwach sei, da sie weder die Pestizidabdrift in der Praxis verhindere noch den Anforderungen der EU-Richtlinie 2009/128 EG zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden (24.11.2009) entspreche.

Neben dem Versuch die Bürgerinnen und Bürger mit halbherzigen Reformen zufriedenzustellen, wurde auch die Durchführung der Volksabstimmung massiv blockiert. Im September 2013 schaltete sich erstmals die Staatsadvokatur Trient ein und bezweifelte die Rechtmäßigkeit der Fragestellung über ein Verbot von Pestiziden. Der Bereich Pestizidausbringung werde auf nationaler und EU-Ebene geregelt und unterstehe nicht der Kompetenz der Gemeinde. Dieser Meinung schloss sich in den Folgemonaten auch die Regierungskommissarin, Elisabeth Margiacchi, an. Die zuständige Gemeindesekretärin in Mals verweigerte daraufhin die für die Volksabstimmung notwendige Aktualisierung der Wählerlisten. Trotzdem unterstützte Bürgermeister Veith weiterhin die Durchführung der Volksabstimmung. Er und das Promotorenkomitee verwiesen stets auf den Präzedenzfall der Gemeinde Malosco im Trentino. Auch hier waren landwirtschaftliche Betriebe im Begriff die Wiesen in Obstanlagen zu verwandeln. Daraufhin verbot der dortige Bürgermeister mit Unterstützung einer Bürgerinitiative faktisch den Einsatz giftiger Pestizide, indem er die Abstände, die bei der Ausbringung von Pestiziden zu angrenzenden Flächen eingehalten werden müssen, so weit erhöhte, dass Spritzungen nicht mehr möglich waren. Dagegen klagten Befürworter*innen des Obstbaus, jedoch wurden diese Klagen durch alle Instanzen abgewiesen. Die Begründung der Gerichte war, dass der Bürgermeister weitreichende Kompetenzen für den Schutz der Gesundheit seiner Bürger*innen habe.

Die Malser*innen vermuten, dass die Gegenbewegung in Südtirol einen Präzedenzfall wie die Gemeinde Malosco unbedingt verhindern will, da ansonsten auch Gemeinden in den geschlossenen Obstbaugebieten im Unter- und Mittelvinschgau auf die Idee kommen könnten, Pestizide verbieten zu wollen. Dies hätte weitreichende Folgen für den Südtiroler Obstbau. Um die verunsicherte bäuerliche Bevölkerung zu beruhigen, organisierte der Südtiroler Bauernbund eigene Informationsveranstaltung. Der Leiter des Versuchszentrum Laimburg betonte bei dieser Gelegenheit die Sicherheit von Pflanzenschutzmitteln im Obst-

bau. Denn diese werden von der europäischen Zulassungsstelle, EFSA, geprüft, bevor sie in den Handel kämen. Um einen Kompromiss mit der Gemeinde Mals bemüht, wurde auch die Einführung einer Bioregion Obervinschgau diskutiert. Diese Idee stieß auch bei der Malser Bewegung auf Interesse. Jedoch wollte sich der Bauernbund nicht auf eine hundertprozentige Bioregion festlegen, sondern lediglich auf eine geringe Quote, sodass dieser Vorstoß scheiterte. Seit Januar 2014 versuchte auch der neu ernannte Landesrat für Landwirtschaft, Arnold Schuler, die Situation in Mals zu beruhigen. Er veranlasste eine geringe Erhöhung der geltenden Abstandsregelungen bei der Ausbringung von Pestiziden in Südtirol, führte Sanktionen für Verstöße ein und hielt die Obstbetriebe an, ihre Spritztechnik anzupassen. Jedoch unterstützte auch Schuler die Ausweitung des Obstbaus im Obervinschgau als Chance für die lokale Landwirtschaft. Die Malser Bewegung hielt daher an ihrem Ziel der Volksabstimmung fest.

Um das Pestizidverbot zu verhindern, gründeten auch die lokalen Obstbauern und einige konventionelle Viehbetriebe im Obervinschgau eine Bürgerinitiative. Diese trägt den Namen, die „bäuerliche Zukunft“. Aus der Perspektive der Mitglieder sei eine naturnahe Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen

wünschenswert, jedoch sei die Wirtschaftlichkeit des biologischen Obstbaus nicht gesichert. Zudem sei eine Umstellung aufgrund der Übergangszeit von drei Jahren, in der zwar schon biologisch gewirtschaftet werden muss, die Ernte aber noch als konventionell gilt, teuer und käme daher für viele Betriebe nicht infrage. Daher warben sie dafür bei der Volksabstimmung gegen das Pestizidverbot zu stimmen. Außerdem reichten sie schon vor der Durchführung der Abstimmung eine Klage gegen den Bürgermeister, das Promotorenkomitee und den Apotheker ein und verlangten das Ergebnis der Abstimmung zu annullieren. Ihr Argument war, dass das Pestizidverbot die wirtschaftliche Existenz ihrer Betriebe gefährde und die Kompetenzen der Gemeinde übersteige.

Allen Hindernissen zum Trotz hielt die Gemeinde Mals zwischen

Abstimmungstext

„Sind Sie dafür, dass in der Satzung der Gemeinde Mals folgender Artikel eingeführt wird:

Das Vorsorgeprinzip zum Schutz der Gesundheit besagt, dass sämtliche Maßnahmen getroffen werden, die eine Gefährdung der Gesundheit von Mensch und Tier vermeiden helfen. Als besondere Zielsetzung der Gemeinde Mals wird deshalb der vorsorgliche Schutz der Gesundheit von Gemeindebürgern und Gästen, ein nachhaltiger Umgang mit Natur und Gewässern, sowie die gleichberechtigte, unbeschadete Ausübung verschiedener Wirtschaftsformen auf dem Gemeindegebiet verfolgt. Um dies zu gewährleisten, wird auf dem Malser Gemeindegebiet der Einsatz biologisch abbaubarer Pflanzenschutzmittel gefördert. Mit nachfolgender Verordnung wird diese Bestimmung im Detail umgesetzt. Unabhängig von dieser ist der Einsatz sehr giftiger, giftiger, gesundheitsschädlicher und umweltschädlicher chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel und Herbizide auf dem Gemeindegebiet nicht zugelassen. Für die Umsetzung und Einhaltung des Volksentscheides sorgt die Gemeindeverwaltung“ (Promotorenkomitee für eine pestizidfreie Gemeinde Mals 2014).



Abb. 18: Ja-Blumen schmückten in der Woche der Volksabstimmung die Gemeinde Mals

dem 22.08. und 05.09.2014 die geplante Volksabstimmung ab (s. Abb. 19). Am 05.09.2014 stand gegen 19:00 Uhr fest, dass 75,68 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihr Kreuz für das Pestizidverbot in der Gemeinde Mals gesetzt hatten. Die Wahlbeteiligung von 69,22 Prozent übertraf bei weitem das notwendige Quorum und belegt, wie wichtig der Malser Bevölkerung das Thema war. Für die Bewegung stellte das Abstimmungsergebnis einen riesigen Erfolg dar. Zudem ging der Fall über die Landesgrenzen hinaus durch die Medien und zog gerade aufgrund des ungewöhnlichen direkt-demokratischen Verfahrens die Aufmerksamkeit zahlreicher Aktivist*innen, Tourist*innen und Südtiroler*innen auf sich. In der Folge wurden die Malser Aktivist*innen zu zahlreichen Veranstaltungen eingeladen, zum Beispiel zur Grünen Woche in Berlin oder zur Delegiertenversammlung des Biolandverbandes. Darüber hinaus entschied die europäische Gemeinschaft für Schmetterlingsforschung „Societas Europaea Lepidopterologica“ ihre Jahrestagung in Mals abzuhalten, um den Einsatz der Gemeinde für die natürliche Vielfalt zu honorieren. Noch wichtiger war jedoch, dass die Bewegung durch den Erfolg der Abstimmung auch die Landkäufe von auswärtigen Obstbetrieben eindämmen konnte. Denn viele potenzielle Käufer*innen warteten nun erst einmal ab, wie sich die Situation in Mals entwickeln würde.

Gemeindeamt: Krise und neue Lösungen

Der Wahlausgang war ein großer Erfolg für die Bewegung. Landeshauptmann Arno Kompatscher bestellte jedoch noch am Tag des Wahlergebnisses, dem 05.09.2014, Bürgermeister Veith in sein Büro. Er setzte ihn davon in Kenntnis, dass die Gemeinde Mals keine Befugnis in Fragen der Pestizidausbringung habe und die Regierung notfalls den Gemeinderat auflöse, um rechtmäßige Zustände herzustellen. Der Euphorie nach der Wahl wurde entsprechend schnell ein Dämpfer gesetzt. Es folgte die relativ kurze dritte Phase der Bewegung, in der die Aktivist*innen nach einer kurzen Krise neue Lösungswege mithilfe externer Unterstützer*innen suchten. Insgesamt spielten sich die neuen Entwicklungen vor allem in den Hallen von Politik, Verwaltung und Justiz ab, daher steht das Gemeindeamt in Mals (s. Abb. 20) symbolisch für diese dritte Phase.

Gemeindeamt Mals

Das Gemeindeamt in Mals wurde im Jahr 1992 von Architekt Walter Dietl umgesetzt. Die Architektur beruht auf der Idee eines Hauses, das für Bürgernähe steht und nicht vor allem der Repräsentation dient. Entsprechend achtete der Architekt auf Transparenz und Überschaubarkeit. Außerdem wurden ortstypische architektonische Elemente in den Bau integriert, z.B. das lokale Lärchenholz, mit dem der Mittelbau verschalt ist und die blockartige Bauweise ohne Vordach (Dietl 2008).



Abb. 20: Gemeindeamt Mals

Neben der Drohung des Landeshauptmanns wurde die dritte Phase vor allem auch durch eine Blockade des Volksentscheids im Malser Gemeinderat ausgelöst. Laut Gemeindegesetz muss der Gemeinderat innerhalb von sechs Monaten den Volksentscheid mit einer entsprechenden Änderung in der Gemeindegesetzung umsetzen. Dazu braucht es eine Zweidrittelmehrheit. Anschließend ist mit mehr Zeit eine Durchführungsverordnung auszuarbeiten, die bestimmt, wie die neue Regelung in die Praxis umgesetzt wird. Obwohl Volksentscheide laut Malser Gemeindegesetz einen rechtlich bindenden Charakter haben und

die Abstimmung über entsprechende Satzungsänderung daher nur eine Formsache sein sollte, verweigerte die Mehrheit des Gemeinderates im Februar 2015 die Satzungsänderung. Einige Gemeinderäte enthielten sich, andere stimmten gegen die Satzungsänderung, da sie wie Landeshauptmann Durnwalder der Meinung waren, die Volksabstimmung verstoße gegen Landesrecht. Folglich hatte die Malser Bewegung zwar den Volksentscheid gewonnen, dessen Umsetzung aber noch lange nicht. In den nächsten Absätzen erläutern wir, wie sich Krisen und die Suche nach neuen Lösungen abwechseln und neue Aktivist*innen zur Bewegung hinzustoßen.

Ziviler Ungehorsam

Die Ablehnung des Volksentscheids löste unter den Bürger*innen Empörung aus, da Ihre neuen Mitbestimmungsrechte letztlich von einigen Gemeinderäte ignoriert wurden. Während in der Kampagne der Bewegung bis zur Volksabstimmung die Themen Gesundheit und Pestizide dominierten, forderten die Malser*innen nun zunehmend ihre demokratischen Bürgerrechte ein. Sie griffen dafür erstmals zum Mittel des zivilen Ungehorsams, um darauf aufmerksam zu machen, dass ihre Stimmen übergangen wurden. Dazu bemalten sie eines Nachts die Pflastersteine vor dem Gemeindeamt mit den Ziffern 1 bis 2377, denn 2377 beträgt die Anzahl der Wähler*innenstimmen, die durch die Blockade im Gemeinderat ignoriert wurden (s. Abb. 21).



Abb.21: 2377 bemalte Pflastersteine symbolisierten die überhörten Wähler*innenstimmen.

Für den Fall, dass ein Volksentscheid nicht durch den Gemeinderat umgesetzt wird, sieht die Gemeindefassung vor, dass eine Kommission einberufen werden muss, um die Angelegenheit richtigzustellen. Dieser Mechanismus greift jedoch nicht, wenn die nächsten Gemeinderatswahlen weniger als sechs Monate entfernt liegen. Da in Südtirol am 10. Mai 2015, das heißt drei Monate nach der entspre-

chenden Gemeinderatssitzung gewählt werden sollte, mussten sich Bürgermeister und Bewegung eine andere Lösung einfallen lassen, um den Volksentscheid im Gemeinderat doch noch durchzusetzen. Die Lösung der Bewegung für dieses Problem lautete, den amtierenden Bürgermeister Veith bei seiner erneuten Kandidatur möglichst zahlreich zu unterstützen. Mit ihm wurde eine Liste von Gemeinderäten nominiert, die zuvor zugesichert hatten im Falle ihrer Wahl der Satzungsänderung zuzustimmen. Wieder führten die Aktivist*innen Informationsveranstaltungen durch, denn es mussten Menschen überzeugt werden zur Wahl zu gehen und die Südtiroler Volkspartei zu wählen, der Ulrich Veith angehört. Am 10. Mai 2015 wurde Veith mit eindeutigen 72 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Damit machten die Malser*innen zum zweiten Mal deutlich, dass sie hinter Veith und der Bewegung stehen. Einen Monat später, am 16.06.2015, wurde der Änderungsantrag der Gemeindefassung mit großer Mehrheit vom neuen Gemeinderat angenommen und der Volksentscheid über das Pestizidverbot schließlich in der Satzung verankert.

In der Zeit nach der Satzungsänderung wurde die Gegenbewegung weiter aktiv. Nach dem Bauernbund schlugen nun auch Landesrat Schuler und Landeshauptmann Kompatscher vor, eine Bioregion im Obervinschgau einzurichten. Der Beratungsring brachte eine neue Broschüre für die Einhaltung der erhöhten Abstandsregelungen heraus, Polizist*innen wurden darin geschult, wie sie diese überprüfen müssen und konventionelle Bauern und Bäuerinnen wurden telefonisch aufgefordert ihre Sprühkopftechnik auszutauschen, um meterhohen Spritznebel zu vermeiden. Alles in allem führten die staatlichen Akteure jedoch weiterhin nur kleinere Reformen durch, die nicht den großen Zielen der Bewegung entsprachen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Landtag auf Antrag von Landesrat Schuler und dem Landtagsabgeordneten und ehemaligen Malser Bürgermeister Noggler die Gesetzgebung zur direkten Demokratie in Südtirol veränderte. Die Neuregelung sieht vor, dass Gemeinden, die Volksabstimmungen durchführen wollen, die zur Abstimmung vorgelegten Fragestellungen ab Februar 2015 nicht mehr durch eine lokale Kommission prüfen lassen müssen, sondern durch eine zentrale Richterkommission des Landes. Die Entscheidungsmacht über die Zulässigkeit der Fragestellungen liegt daher nun beim Landesverwaltungsgericht, wo jedoch vier der acht Richter vom Landtag ernannt werden. So hat die Landespolitik indirekt Einfluss auf die Fragen, die Gemeinden dem Volk zur Abstimmung vorlegen können. Die Intention dieser Neuregelung ist, dass andere Südtiroler Gemeinden den Malser Weg nicht kopieren können, um weitere Pestizidverbote präventiv zu verhindern.

Neue Aktivist*innen, neue Perspektiven

Das Auf und Ab in der Umsetzung des Volksentscheids verursachte ein enormes Echo in den Medien. Die Berichterstattung spiegelte sowohl Unterstützung für als auch Opposition gegen die Bewegung wider. Vor allem aber weckte die öffentliche Debatte das Interesse von Aktivist*innen, die nicht aus dem Malser



Abb. 22: Vandana Shiva: „Provinzen und Regionen sollten selbst entscheiden können, wie sie Landwirtschaft betreiben wollen.“ (Tageszeitung Dolomiten 25.09.2015)

Umkreis stammten. Der erste externe Aktivist, der sich Anfang 2015, der Bewegung anschloss, war der Filmemacher Alexander Schiebel. Er unterstützte die anstehende Bürgermeisterwahl durch eine Medienkampagne und schlug der Bewegung vor, ein Filmprojekt über ihren Fall zu machen. Von nun an wurden alle Aktionen der Bewegung filmisch begleitet und über facebook verbreitet. Neben Schiebel berichtete eine Reihe von Journalist*innen über den Malser Weg und Wissenschaftler*innen wurden aufmerksam. Sogar Künstler*innen und Aktivist*innen aus den USA besuchten Mals und fertigten eine Fotoausstellung zur Bewegung an und verfassten das Buch „A Precautionary Tale. How One Small Town Banned Pesticides, Preserved Its Food Heritage, and Inspired a Movement“ (Ackerman-Leist 2017). Auch besuchten die Trägerinnen des alternativen Nobelpreises Vandana Shiva (s. Abb. 22) und Monika Hauser sowie der alternative Nobelpreisträger Hans Rudolf Herren die Gemeinde Mals und sprachen ihre Unterstützung aus. Zuspruch kam daneben auch von internationalen Verbänden wie dem Pesticide Action Network. An der Gründung dessen italienischer Unterorganisation im Jahr 2014 waren einige Malser*innen maßgeblich beteiligt. Das Netzwerk vertritt das Bestreben des Malser Weges vor allem bei den europäischen Institutionen in Brüssel.

Die Malser Bewegung entschied unterdessen, unabhängig von der Frage über die rechtliche Zulässigkeit der Volksabstimmung, Maßnahmen für eine sozial-ökologische Regionalentwicklung zu ergreifen. Denn die Aktivist*innen befanden, dass ein Pestizidverbot nicht ausreiche, um einen Paradigmenwechsel in Landwirtschaft und Ernährung anzustoßen. Dazu brauche es Alternativen, von denen Bäuerinnen und Bauern leben können und eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln garantieren. Um diese Alternativen schaffen zu können, wurde das Promotorenkomitee im Februar 2016 aufgelöst, da es mit der Durchführung der Volksabstimmung seinen Zweck erfüllt hatte. Direkt im Anschluss gründeten die ehemaligen Promotoren eine neue Initiative, die Bürgergenossenschaft Obervinschgau. Mit dem Geld ihrer Anteilseigner*innen soll der Vorstand der Genossenschaft Regionalentwicklungsprojekte aufbauen und den Bürger*innen eine aktive Rolle in der nachhaltigen Gestaltung ihrer Gemeinde ermöglichen.

Die Malser Aktivist*innen waren in dieser Phase der Bewegung froh über die Unterstützung und den Zuspruch der externen Aktivist*innen, da ihr Versuch, Pestizide lokal zu verbieten bislang gescheitert war. Gerade durch die Blockadehaltung in der Landesregierung und den bäuerlichen Organisationen wurde der Malser Weg zu einem Fall, der international für Aufmerksamkeit sorgte. Die externen Aktivist*innen gaben nicht nur neuen Input und zeigten dem Malser Weg neue Perspektiven auf, sie verdeutlichten auch den Zusammenhang zwischen der Malser Initiative und problematischen Entwicklungen im Agrar- und Ernährungssystem auf globaler Ebene. Sie machten deutlich, dass lokale Gemeinschaften weltweit für eine selbstbestimmte Regionalentwicklung und eine nachhaltige Landwirtschaft und Ernährung kämpfen.

Hauptplatz: Erfolg und Transformation

Die Malser Bewegung ist nach den ersten drei Phasen, die Entstehung des Pestizidproblems, der Aufbau von Protest sowie die Krise und Lösungssuche, im Zentrum der Malser Bevölkerung angekommen. Die letzte Phase begann mit einem formellen Erfolg der Bewegung und entwickelte sich zu einem jahrelangen, bis in die Gegenwart andauernden Kräftemessen um die Veränderung von Gesetzen und Gewohnheiten in Landwirtschaft, Ernährung und Regionalentwicklung. Symbolisch für diese Phase steht der historische Hauptplatz in Mals mit dem Ansitz zu Lichtenegg. Er stellt nicht nur das Zentrum der Gemeinde dar, sondern beheimatet seit 2017 auch einen wöchentlichen Bauernmarkt, auf dem regionale Produkte angeboten werden (s. Abb. 23). Der Markt ist eines von vielen Praxisprojekten, die aus der Bewegung heraus mit dem Ziel einer nachhaltigen Regionalentwicklung aufgebaut wurden.

Ansitz zu Lichtenegg

Der Ansitz zu Lichtenegg ist einer von sieben herrschaftlichen Ansitzen aus dem Mittelalter. Eine Besonderheit ist, dass der Titel „Herr von und zu Lichtenegg“ an den Besitz des Hauses geknüpft ist (Perting 2012). Nach heutigem Kenntnisstand wurde das Gebäude im Jahr 1523 erbaut und im Jahr 1593 für die Grafen von Mohr, ein altes Adelsgeschlecht der Etrusker, zum Ansitz erhoben. Die Grafen von Mohr unterhielten viele Besitztümer im ganzen Engadin. Da sie stets auf der Seite Österreichs standen, waren sie von den Engadineren verhasst und ließen sich daher im nahegelegenen Lichtenegg nieder (Weber 1845: 89).

Die Phase der Transformation begann damit, dass der Gemeinderat am 29.03.2016 einstimmig für eine Durchführungsverordnung stimmte, die chemisch-synthetische Pestizide aus der Gemeinde Mals verbannt (Gemeinde Mals 2016). Die Verordnung sieht vor, dass der Abstand zwischen der ersten Pflanzreihe, die mit Pestiziden behandelt wird, und sensiblen Zonen mindestens 50 Meter betreffen muss. Als sensible Zonen werden alle privaten und öffentlichen Flächen bezeichnet, insbesondere jedoch öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Kindergärten. Gänzlich verboten sind Pestizide der Kategorie „sehr giftig“ und „giftig“. Obwohl Pestizide, die weniger giftig sind, unter Einhaltung der Abstandsregel formell erlaubt sind, entspricht die Durchführungsverordnung de-facto einem Verbot aller Pestizide, denn auf den kleinen Landparzellen im Obervinschgau beträgt der Abstand zur nächsten Landgrenze nirgendwo mehr als 50 Meter. Für diese indirekte Form des Pestizidverbots entschied sich der Gemeinderat, weil eine Abstandsregelung juristisch leichter durchzusetzen ist als ein unmittelbares Pestizidverbot. Die Durchführungsverordnung sollte ursprünglich nach einer Übergangszeit von zwei Jahren im April 2018 in Kraft treten. Die Gemeinde Mals und die Malser Bewegung verhandeln jedoch schon seit Jahren gerichtlich über die Zulässigkeit ihres Vorgehens. In den nächsten Abschnitten werden die juristischen Verhandlungen und praktischen Erfolge der Transformationsphase erläutert.



Abb. 23: Bauernmarkt auf dem Malser Hauptplatz mit dem Ansitz zu Lichtenegg im Hintergrund

Transformation auf juristischer Ebene

Derzeit stellt sich der juristische Prozess um das Malser Pestizidverbot zweigeteilt dar. Die ordentlichen Gerichte verhandeln darüber, ob die Abhaltung der Volksabstimmung im Jahr 2014 mit der Frage nach dem Pestizidverbot zulässig war. Parallel und davon unabhängig verhandelt die Verwaltungsgerichtsbarkeit bis heute darüber, ob die von der Gemeinde Mals im März 2016 erlassene „Durchführungsverordnung über die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln im Gemeindegebiet“ rechtmäßig ist. Eine Kernfrage in beiden juristischen Auseinandersetzungen ist, ob die Kompetenz, die lokale Bevölkerung vor potenziellen Gesundheitsgefahren durch Pestizide zu schützen, ausschließlich beim Land Südtirol oder auch bei der Gemeinde Mals liegt.

Italien setzte die entsprechende EU-Richtlinie 2009/128/EG zur nachhaltigen Verwendung von Pestiziden (24.11.2009) durch Aktionspläne in nationales Gesetz um und die Provinz Bozen in Landesgesetz. Letzteres lässt jedoch Fragen offen. Unter Berufung auf das Landesgesetz vom 15.04.2016, Nr. 8 „Bestimmung auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes“ sieht sich die Landesregierung selbst als die „örtlich zuständige Behörde“ für den Schutz der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren durch Pestizide. In den Augen der Regierung sind die landesweit geltenden Regelungen ausreichend, um die Gesundheit der Bevölkerung

zu schützen, solange sich die Obstbetriebe an die gesetzlich zulässigen Höchstwerte halten. Im Gegensatz dazu argumentiert die Gemeinde Mals unter Berufung auf dasselbe Landesgesetz, sie sei als lokale Behörde zumindest teilweise für den Gesundheitsschutz der lokalen Bevölkerung zuständig. Angesichts der besonderen landwirtschaftlichen Bedingungen in Mals sieht sie die Notwendigkeit, die geltenden gesetzlichen Vorkehrungen zur Ausbringung von Pestiziden lokal zu verschärfen. Auf der Seite des Landes stehen die konventionellen Betriebe, die eine naturnähere Wirtschaftsweise zwar begrüßen, die Techniken der biologischen Landwirtschaft jedoch als zu wenig ausgereift betrachten, um sie flächendeckend und wirtschaftlich anwenden zu können. Auf der Seite der Gemeinde stehen die meisten Biobetriebe sowie ein Großteil der Malser Bevölkerung, da sie die Abdrift von Pestiziden und eine Veränderung der Kulturlandschaft fürchten. Sie bemängeln darüber hinaus Verfahrensfehler bei der europäischen Zulassungsbehörde für Pestizide (EFSA), da diese die Kombinationswirkung beim Ausbringen unterschiedlicher Wirkstoffe in ihrem Zulassungsverfahren nicht ausreichend bewerte.

Der erste Teil der rechtlichen Prozesse, in dem die Zulässigkeit der Volksabstimmung im Jahr 2014 verhandelt wird, begann schon bevor die Abstimmung durchgeführt worden war. 141 Landwirt*innen und Grundeigentümer*innen klagten das Promotorenkomitee, dessen Sprecher Johannes Fragner-Unterpertinger und Bürgermeister Veith an, um die Abstimmung zu verhindern. Zunächst wies das Landesgericht in Bozen die Klage ab. Zwei Jahre später, im Mai 2016, nahm der Prozess jedoch wieder Fahrt auf als dasselbe Gericht entschied, dass die Fragestellung der Volksabstimmung nicht legitim sei. Es kritisierte insbesondere die zweite Hälfte der Frage, in der es um das Verbot *„sehr giftiger, giftiger, gesundheitsschädlicher und umweltschädlicher chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel und Herbizide auf dem Gemeindegebiet“* ging. Die Begründung lautete, dass das Promotorenkomitee keinen Rechtsanspruch auf die Abhaltung einer Volksabstimmung mit einer derartigen Frage habe. Das Gericht erklärte darüber hinaus alle getroffenen Entscheidungen im Zusammenhang mit der Fragestellung für ungültig. Darüber hinaus forderte der Landesrechnungshof in der Folge des Urteils eine Schadensersatzzahlung in Höhe von 24.000 Euro von Bürgermeister Veith, da dieser die unrechtmäßige Volksabstimmung hätte verhindern müssen.

Gegen diese Urteile ging die Gemeinde Mals und die Angeklagten, Bürgermeister Veith sowie Apotheker Fragner-Unterpertinger, in Rekurs. Drei Jahre später, im März 2019, sprach die rechtssprechende Sektion des Rechnungshofes in Bozen Ulrich Veith frei, denn die Volksabstimmung war von einer Expertenkommission genehmigt worden. Dieses Urteil ist rechtskräftig, da die Staatsanwaltschaft keinen Rekurs einreichte. Wieder ein Jahr später, im Januar 2020, entschied das Oberlandesgericht in Trient darüber hinaus, dass auch das Promotorenkomitee im Recht war, als es die Volksabstimmung mit der Fragestellung nach einem Pestizidverbot durchführte. Mit diesem Urteil wurde letztlich auch

der Sprecher des Promotorenkomitees freigesprochen. Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts sind Anfang des Jahres wiederum neun Landwirt*innen vor die dritte Instanz, dem Kassationsgerichtshof in Rom, gezogen. Das Verfahren bis zum finalen Urteilsspruch kann sich in diesem Fall daher noch einige Jahre ziehen.

Im Hinblick auf den zweiten Teil der rechtlichen Auseinandersetzung erklärte das Landesgericht in Bozen im Mai 2016, dass die Durchführungsverordnung zum Verbot von Pestiziden nicht von der Zulässigkeit der Volksabstimmung abhängig sei und daher Gültigkeit habe. Gegen diese Entscheidung gingen die 141 Kläger*innen bei der zweiten Instanz, dem Verwaltungsgericht in Bozen, in Rekurs. Zunächst wies das Gericht ihre Klage ab, da die Obstbetriebe in der noch andauernden zweijährigen Übergangsphase der Durchführungsverordnung weiterhin ungestraft Pestizide ausbringen konnten und damit keine unmittelbare Schädigung vorlag. In dieser Zeit sicherten die bäuerlichen Beratungsorganisationen den konventionellen Betrieben zu, dass keine Notwendigkeit bestehe, auf biologische Landwirtschaft umzustellen. Stattdessen sollten sie nach Ablauf der Übergangszeit erneute eine Klage stellen, denn diese könne erst Erfolg haben, wenn durch das Inkrafttreten des Pestizidverbots eine konkrete Schädigung der Kläger*innen drohe. Insgesamt bemühten sich die konventionellen Obstbetriebe auf der Malser Haide daher zwar, die Abdrift durch angepasste Spritztechniken zu vermeiden, sie stellten jedoch nicht auf biologische Landwirtschaft um. Einige konventionelle Betriebe lehnten nach anfänglichem Interesse ab, mechanische Unkrautregulierer aus dem biologischen Anbau auszuprobieren, da der Gruppenruck innerhalb der konventionellen Betriebe dies nicht zuließ.

Im Mai 2018, das heißt kurz nachdem die Abstandregeln zur Ausbringung von Pestiziden in Kraft traten, klagten die Betriebe erneut vor dem Verwaltungsgericht in Bozen gegen die Durchführungsverordnung. Sie argumentierten nun, dass ihre wirtschaftliche Existenz unmittelbar gefährdet sei, wenn sie nicht unverzüglich spritzen dürften. In Anbetracht des drohenden Schadens setzte das Verwaltungsgericht die Durchführungsverordnung daher einstweilig bis zur Urteilsverkündung aus. Eineinhalb Jahre später, im Oktober 2019, beschäftigte sich der europäische Gerichtshof auf Grund einer französischen Initiative mit dem Zulassungsverfahren der EFSA, wobei es keine Verfahrensfehler feststellte. Daraufhin entschied das Verwaltungsgericht in Bozen, dass die Durchführungsverordnung der Gemeinde Mals keine Rechtskraft habe, da die europäischen Regelungen ausreichen, um den Schutz der lokalen Bevölkerung zu sichern. Gegen dieses Urteil ging die Gemeinde Mals Anfang des Jahres 2020 wiederum bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Rom in Rekurs. Der sogenannte Staatsrat ist die höchste richterliche Instanz in Italien. Da diese in der Vergangenheit im Fall der Gemeinde Malosco zugunsten des Pestizidverbots entschied, rechnet sich die Gemeinde Mals hier gute Chancen aus. Eine finale Entscheidung steht noch aus.

Insgesamt verdeutlicht dieser komplexe juristische Streit um das Verbot von Pestiziden, dass eine lokale Mitbestimmung in der Entwicklung von Landwirtschaft und Ernährung im Sinne der Ernährungssouveränität sehr stark von Macht- und Kontrollansprüchen unterschiedlicher Ebenen abhängig ist. Durch politische und juristische Machtkämpfe, in denen es darum geht, wer formell bestimmen darf, wie lokale Entwicklungen gestaltet werden sollen, werden inhaltliche Debatten und praktische Ansätze zur Umsetzung einer nachhaltigen Regionalentwicklung häufig strategisch unterdrückt. Parallel zum juristischen Prozess verhandelt die Gemeinde Mals jedoch seit kurzem mit dem Landesrat für Landwirtschaft, Arnold Schuler, die Möglichkeit im Obervinschgau und seinen Nebentälern eine Bioregion einzurichten. Diese soll neben der Landwirtschaft auch andere Branchen wie den Tourismus einschließen. Auch die Entscheidung, ob und wie die Bioregion umgesetzt werden kann, ist jedoch noch ausständig.

Den politischen Druck erhöhen

Einen deutlichen Beitrag zum Einlenken seitens der Landesregierung leisteten einige externe Aktivist*innen. Sie unterstützten die Malser Bewegung, indem sie den Druck auf die Landesregierung und bäuerliche Organisationen in Südtirol erhöhten. Die zivilgesellschaftliche Organisation „Umweltinstitut München“ überlegte dazu, wie sie die öffentliche Aufmerksamkeit für das Pestizidproblem in der Südtiroler Obstwirtschaft auch über die Landesgrenzen hinaus steigern könnte. Am 10. August 2017 führten die Aktivist*innen der Organisation eine Plakataktion am Münchner Hauptbahnhof durch. Die Marketingabteilung des Landes Südtirol warb in dieser Zeit auf großen Werbeplakaten insbesondere in Süddeutschland für ihr Land als Urlaubsregion mit einmaliger Landschaft. In Anlehnung an die Werbung gestaltete das Umweltinstitut München ein eigenes Plakat mit dem Spruch „südtirol sucht saubere Luft. südtirol sucht sich“ und dem Untertitel „Pestizidtirol“. Das Plakat stellte eine Obstplantage dar, durch die ein Spritzfahrzeug fährt und eine meterlange Pestizidwolke hinterlässt (s. Abb. 23). Kurz nach der Plakataktion organisierte der Filmemacher Alexander Schiebel zusammen mit einigen Frauen der Aktivist*innengruppe Hollawint eine Demonstration auf Fahrrädern entlang der Apfelplantagen im Mittelvinschgau, bei der alle Teilnehmenden in Schutzmänteln und mit Mundschutz gekleidet waren. Zeitgleich veröffentlichte Schiebel die TV-Dokumentation „Leben ohne Ackergift – das unbeugsame Dorf im Vinschgau“ (WDR/arte 2017a) und das Buch „Das Wunder von Mals“ (oekom verlag 2017b). Ein Jahr später präsentierte er den gleichnamigen Kinofilm „Das Wunder von Mals“ (2018). Darin thematisierte er die Pestizidproblematik in Südtirol, den Malser Widerstand und die Gegenbewegung seitens des Landes.

Durch die Aktionen der externen Aktivist*innen verwandelte sich das ursprüngliche Malser Pestizidproblem in der öffentlichen Wahrnehmung mehr und mehr in ein Südtiroler Problem. Denn Film, Buch und Plakate stellten nicht allein die Obstbetriebe in Mals, sondern die Obstwirtschaft in ganz Südtirol



Abb. 24: Plakataktion des Umweltinstut München e.V. am Münchener Hauptbahnhof

sowie ihre Unterstützer*innen in der Landesregierung und dem Bauernbund an den Pranger. Außerdem erzeugten die Medien eine enorme öffentliche Aufmerksamkeit. Das Buch „Das Wunder von Mals“ verkaufte sich im deutschsprachigen Raum über 10.000 Mal, über 13.000 Zuschauer*innen sahen den Kinofilm. Auch die Plakataktion des Umweltinstituts wurde durch eine begleitende Pressearbeit weit über München bekannt. Gerade bei deutschen Tourist*innen ist das Land in den Alpen ein Sehnsuchtsort, in dessen Image sich Vorstellungen vom alpinen Idyll und einer heilen, authentischen Welt widerspiegeln. Da viele landwirtschaftliche Betriebe auch Gäste beherbergen, traf der Angriff auf das gut vermarktete Image Südtirols einen wunden Punkt. Landesrat Schuler sah sich daher veranlasst strafrechtlich aktiv zu werden, indem er im November 2017 mit mehreren hundert Nebenkläger*innen Strafanzeigen gegen Karl Bär, den Agrarreferenten des Münchener Umweltinstituts, und sechs der damaligen Vorstandsmitglieder sowie gegen Alexander Schiebel, den Buchautor und Filmemacher, und Jacob Radloff, den Geschäftsführer des oekom verlags, der dessen Buch herausgab.

Nach zwei Jahren der Ermittlung erhob die Staatsanwaltschaft Bozen Anklage. Der Vorwurf gegen Karl Bär lautete, dass es sich bei der Kampagne „Pestizidtirol“ um üble Nachrede handele, die der Provinz Südtirol und der Südtiroler Landwirtschaft schaden zuführe. Darüber hinaus wird dem Umweltinstitut vorgeworfen, die Dachmarke des Landes missbraucht und mit der Aufschrift „Pestizidtriol“ das Logo der Südtiroler Tourismuskampagne verfälscht zu haben.

Die Klage gegen Schieben und Radloff wurde ebenfalls wegen übler Nachrede erhoben und bezieht sich auf Passagen im Buch in denen Schiebel den bäuerlichen Organisationen und der Landesregierung ein vorsätzliches gesundheitsgefährdendes Verhalten im Hinblick auf die Ausbringung von Pestiziden vorgeworfen wird. Den Angeklagten drohen hohe Geldstrafen und Schadensersatzforderungen von möglicherweise tausenden Südtiroler Landwirt*innen, die zu ihrem persönlichen Ruin führen würden. Die Anwälte der Angeklagten sind sich sicher, dass die Aktionen unter das Grundrecht der Meinungsfreiheit fallen, das sowohl in der italienischen Verfassung als auch in Artikel 11 der EU-Grundrechtecharta festgeschrieben ist. Dagegen argumentiert die Bozener Staatsanwaltschaft, dass die Aktionen unter die Kategorie der Verleumdung fallen, da sie sachlich haltlos seien und damit in Italien nicht durch das Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt sind. Die ersten Anhörungen in diesen Fällen fanden im September 2020 statt, voraussichtlich werden sich die Verfahren jedoch jahrelang ziehen. Dies zeigt, wie schwierig es für die Zivilgesellschaft ist, wirkungsvolle Kritik an der agrarindustriellen Landwirtschaft zu üben (Umweltinstitut München e.V. 2020).

Da die Aktionen der externen Aktivist*innen die Situation in Mals sehr polarisierend darstellten, erhöhten sie auch die Spannungen zwischen den Gruppierungen innerhalb der Malser Bewegung. Sowohl die landwirtschaftlichen Betriebe, die gegen das Pestizidverbot sind als auch einige Malser*innen Aktivist*innen nahmen die Darstellungen der externen Aktivist*innen als zu emotional und provokativ wahr. Andere Gruppen der Bewegung kooperierten dagegen mit den externen Aktivist*innen, da sie froh über neue Druckmittel waren. An dieser Stelle wird deutlich, dass die Beteiligung externer Aktivist*innen in einer Bewegung neue Möglichkeiten mit sich bringt, aber auch neue Herausforderungen schafft, da ein gemeinsames strategisches Vorgehen aller Bewegungsteilnehmer*innen mehr Koordinationsarbeit verlangt. Nach Aussage der konventionellen Bauern und Bäuerinnen in Mals trugen die öffentlichkeitswirksamen Aktionen dazu bei, dass ihre Betriebe nicht mehr die einzigen waren, die im Mittelpunkt der öffentlichen Pestiziddebatte standen. Der Druck, der vorher allein auf sie ausgeübt wurde, verschob sich langsam auf die Landesebene. Auf diese Weise trug die erhöhte Aufmerksamkeit in den Nachbarländern dazu bei, dass die Landesregierung und die bäuerlichen Organisationen ein hohes Interesse entwickelten, sich mit den Forderungen der Malser Bewegung ernsthaft auseinanderzusetzen, wenngleich sie nicht dazu bereit waren diese zu erfüllen.

Transformation auf praktischer Ebene

Bis in die Gegenwart widmen sich einige Bewegungsteilnehmer*innen eher den juristischen Machtkämpfen und andere setzen sich stärker für praktische Veränderungen im Obervinschgau ein. Sie möchten, dass die alltäglichen Handlungen der lokalen Bevölkerung im Bereich Landwirtschaft, Ernährung und Regionalentwicklung nachhaltiger werden. Diese praktischen Veränderungen sind ein

Stück weit unabhängig zu den Gesetzen. Zum Beispiel können die Bürger*innen die Gesetze zur Pestizidausbringung entweder sehr träge umsetzen oder aber freiwillig auf Pestizide verzichten, obwohl es ihnen erlaubt wäre. Unser Verhalten hängt also nicht allein von den Gesetzen ab, sondern vor allem vom Wertebewusstsein. Die Kampagne der Malser Bewegung hat ein erhöhtes Bewusstsein zum Thema Pestizide erzeugt und die Wertehaltung zugunsten des Bioanbaus verändert. Damit schuf sie die Grundvoraussetzungen für die Veränderung von Alltagshandlungen sowohl im Bereich der Landwirtschaft als auch im Bereich der Ernährung. Dennoch verändern sich Gewohnheiten meistens nur langsam, sodass sich die Bewegung in Geduld üben muss.

Um Handlungsalternativen zur konventionellen Landwirtschaft und Ernährung zu etablieren gründeten die Malser Aktivist*innen die Bürgergenossenschaft Obervinschgau. Ihr Ziel ist es mit vielen kleinen Projekten eine nachhaltige und selbstbestimmte Regionalentwicklung im Obervinschgau zu ermöglichen und eine Gemeinwohlregion zu errichten. Eines der ersten Projekte der Bürgergenossenschaft war die Wiederbelebung der traditionellen Gemeindemärkte. Sie haben eine jahrhundertalte Geschichte, waren aber zwischenzeitlich eingeschlafen. Seit 2017 findet im Frühjahr wieder der „Georgimorkt“ statt, bei dem sich alles um Jungpflanzen und Blumen dreht. Mitte Juni können auf dem „St. Veit Morkt am Tartscher Bühel“ bäuerliche Produkte erworben werden. Mitte Oktober gedenkt der „Gollimorkt“ in Mals an den heiligen Gallus und Ende Oktober beschließt in Laatsch der traditionelle „Laatscher Morkt“ die Erntesaison. Darüber hinaus veranstaltet die Bürgergenossenschaft im Frühjahr vor der Pflanzsaison ein großes Saatgutfest, bei dem traditionelle Sorten getauscht und gekauft werden können. Diese Feste sind für die Malser*innen gesellige Ereignisse und bieten die Möglichkeit sich mit vielfältigen Pflanzen und Lebensmitteln aus der Region zu versorgen.

Neben den traditionellen Märkten baute die Bürgergenossenschaft auch einen wöchentlichen Bauernmarkt auf. Jeden Mittwoch im Sommer findet dieser zwischen acht und zwölf Uhr auf dem Hauptplatz statt. Mit dem Markt möchte die Bürgergenossenschaft das Vertrauen und die Solidarität zwischen lokalen Handwerker*innen, Bauern und Bäuerinnen und den Konsument*innen erhöhen und so langfristig ein Standbein für die lokalen Betriebe und eine transparente Einkaufsmöglichkeit für die Konsument*innen schaffen. Eine besondere Idee der Genossenschaft ist der Gemeinschaftsstand. Alle Produzent*innen, für die es sich nicht lohnt einen eigenen Stand zu betreiben, können ihre Ware an die Bürgergenossenschaft verkaufen. Diese bietet dann die Ware am Gemeinschaftsstand den Marktbesucher*innen zum Kauf an. Auf diese Weise werden viele lokale Produzent*innen aus der Region am Markt sichtbar und der Gemeinschaftsstand kann eine hohe Produktvielfalt anbieten (s. Abb. 25). Insgesamt wird der Bauernmarkt sowohl bei den Einheimischen als auch bei Tourist*innen gut angenommen und konnte sich über die letzten Jahre zunehmend etablieren (Bürgergenossenschaft Obervinschgau).



Abb. 25: Produktvielfalt am Gemeinschaftsstand der Bürgergenossenschaft Obervinschgau

Neben der Bürgergenossenschaft bauen auch Privatpersonen in Mals Handlungsalternativen auf. Diese gehen häufig über die Bereiche von Landwirtschaft und Ernährung hinaus. Zum Beispiel schlossen sich im Jahr 2018 zwei Malser*innen zusammen und gründeten eine Waldorfschule mit Waldorfkindergarten. Ihnen ist daran gelegen, dass auch die Bildung ihrer Kinder und der nachkommenden Generation ganzheitlich gestaltet wird. In der Waldorfschule lernen die Kinder unter anderem das regelmäßige Kochen mit regionalen Lebensmitteln. Weitere Mitglieder der Bewegungen gründeten die Sozialgenossenschaft Vinterra. Deren Zweck ist es Menschen mit Benachteiligung attraktive, rentable und zukunftsfähige Arbeitsplätze anbieten zu können, die ein breites berufliches Spektrum abdecken und die Nachhaltigkeit der Region fördern. Betriebe, die schon vor Beginn der Bewegung im Bereich der biologischen Landwirtschaft tätig waren, fühlen sich durch die neuen Entwicklungen in ihrem Weg gestärkt und können ihre Angebote aufgrund einer gestiegenen Nachfrage ausweiten. Darüber hinaus wurde in ganz Südtirol das Bewusstsein für eine biologische Landwirtschaft geschärft, sodass die Medien von einer landesweiten Umstellungswelle auf eine biologische Produktionsweise im Obstbau sprechen. Auch Flächen der Kirche wurden teilweise auf biologische Landwirtschaft umgestellt.

Über die private Initiative der Malser Bürgerinnen und Bürger hinaus, richtete die Gemeinde Mals im Jahr 2017 einen Bürgerhaushalt in Höhe von 200.000 Euro ein. Im Sinne einer partizipativen Regionalentwicklung sind alle Bürger*innen eingeladen jeweils am Jahresende Projektideen einzureichen, die mit dem Bürgerhaushalt finanziert werden können. Die Entscheidung darüber, welche Projekte gefördert werden, erfolgt über eine demokratische Wahl. Die Projekte mit den meisten Stimmen werden im Folgejahr von der Gemeinde oder

einer beauftragten Trägerorganisation umgesetzt. Zum Beispiel wurden durch das Bürgerbudget die Citybuslinien erweitert, es wurden ökologische und kulturell wertvolle Trockensteinmauern saniert und öffentliche WC-Anlagen in der Dorfmitte geschaffen. Die Malser Bürger*innen sind in die Umsetzung der Projekte häufig eingebunden. Zum Beispiel untersucht eine Bäuerin und Agrarsoziologin, die in dem Seitental Matsch wohnt, ob sich in ihrem Tal eine Bioregion umsetzen lässt. Auf Grundlage einer Ideensammlung mit der Matscher Bevölkerung wurden Berater*innen eingeladen, die mit den ansässigen, interessierten landwirtschaftlichen Betrieben betriebswirtschaftliche Einzelberatungen durchführten, um die Frage zu klären, inwiefern sich die Umstellung auf Biolandbau lohnt. Seit Sommer 2019 wird eine der zwei Almen im Matschertal biologisch bewirtschaftet. Darüber hinaus soll ein gemeinsamer Verarbeitungsraum eingerichtet werden und Kooperationen mit den lokalen Gastronomen sind angestrebt. Noch haben nicht alle Betriebe das Matschertal umgestellt, jedoch werden schon jetzt 40 Prozent der Flächen biologisch bewirtschaftet.

Schlussfolgerungen und Reflexion

Der Malser Weg ist ein Beispiel dafür, wie Bürgerinnen und Bürger gesellschaftliche Entwicklung durch die Selbstorganisation in sozialen Bewegungen aktiv gestalten. Dazu mobilisieren sie möglichst viele Unterstützer*innen, die zusammen Druck auf politische und wirtschaftliche Entscheidungsträger*innen ausüben. Der Ablauf einer sozialen Bewegung ist von Höhen und Tiefen gekennzeichnet und umfasst vier Phasen. In Phase eins und zwei entsteht ein soziales Problem und öffentlichkeitswirksame Proteste werden durchgeführt. Danach erst bricht die längste und schwierigste Zeit für Aktivistinnen und Aktivisten an. In Phase drei und vier entstehen Gegenbewegungen und interne Konflikte müssen gelöst werden. Außerdem dauert es oft Jahrzehnte bis sich gesellschaftliche Gewohnheiten und Denkweisen verändern, auch wenn Gesetze schnell beschlossen wurden.

Die erste Phase des Malser Weges begann in den frühen 90er Jahren als die intensive Obstwirtschaft zunehmend als Lösung für die kleinstrukturierte Viehwirtschaft im Obervinschgau diskutiert wurde. Diese befand sich durch die Liberalisierung der EU-Agrarpolitik und den verschärften internationalen Wettbewerb zunehmend unter wirtschaftlichem Druck. Eine Umstellung auf intensive Obstwirtschaft drohte jedoch soziale, ökologische und gesundheitliche Probleme für die Region nach sich zu ziehen. Im Jahr 2010 wurden diese Probleme sichtbar, weshalb die zweite Phase der Bewegung, der Protest gegen die intensive Obstwirtschaft, begann. Dieser mündete im Jahr 2014 in die Volksabstimmung über ein gemeindeweites Pestizidverbot. Anfang 2015 wurde deutlich, dass der Volksentscheid trotz breiter Unterstützung in der Bevölkerung nicht so leicht umgesetzt werden würde. Die Bewegung trat daher in die Phase der Krise und Suche nach neuen Lösungen ein. Der Diskurs der Aktivist*innen konzentrierte sich seither nicht mehr allein auf die negativen Folgen der intensiven Obstwirtschaft, sondern ebenso stark auf die Umsetzung demokratischer Mitbestimmungsrechte. Im Jahr 2016 verzeichneten die Aktivist*innen einen formellen Erfolg, da der Malser Gemeinderat die Durchführungsverordnung zum Verbot von chemisch-synthetischen Pestiziden verabschiedete. Seither befindet sich die Bewegung in der vierten Phase der langjährigen und konfliktbehafteten Transformation hin zu einer selbstbestimmten Regionalentwicklung mit einer nachhaltigen Landwirtschaft und Ernährung als Basis.

Wie die Malser Bewegung im Kleinen zeigt, ist der Weg zu einem Paradigmenwechsel im global vernetzten Agrar- und Ernährungssystems lang und steinig. Die Malser Aktivist*innen haben sich in ihrem lokalen Kontext als kreativ und hartnäckig erwiesen. Ihr größter Erfolg ist es, dass sie bis zur vierten Phase durchgehalten haben und gleichzeitig zum Motor wurden für eine Debatte über eine nachhaltige landwirtschaftliche Entwicklung in Südtirol und über die Grenzen der Provinz hinaus. Der bisherige Erfolg des Malser Weges basiert auf Maß-

nahmen, die die Aktivist*innen trafen, um ihre Ziele zu erreichen: 1. die Förderung der regionalen Identifikation der Gemeindemitglieder mit ihrer Heimat, 2. die Stärkung ihrer politischen Mitbestimmungsrechte und 3. der Aufbau alternativer Ernährungsnetzwerke wie lokale Bauernmärkte. Durch diese Mischung an Instrumenten schuf die Bewegung das Potenzial für eine tiefgreifende, lokale Veränderung in Richtung einer nachhaltigen, demokratischen Regionalentwicklung. Der Malser Weg ist daher heute ein Vorbild für hunderte Gemeinden in Europa, die den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden einschränken oder verbieten wollen. In Mals selber bildete sich jedoch eine starke Gegenbewegung, die das Vorhaben des Malser Weges blockiert. Diese Entwicklung zeigt, dass ein Nischenphänomen, wie eine demokratische Abstimmung über ein lokales Pestizidverbot, eine Bedrohung für den Weg der industrialisierten und globalisierten Landwirtschaft und Ernährung darstellt, da ihr Wachstum auf Anbaumethoden beruht, die nicht ohne den Einsatz von Pestiziden auskommt. Umso wichtiger ist es, dass die Malser Aktivist*innen ihren Weg weitergehen und ihre Ideen verbreiten.

Nach den Anspannungen der letzten 10 Jahre sind die Malser*innen aber auch müde. Daher besuchte der grüne Europaparlamentarier Martin Häusling die Gemeinde Mals im Februar 2019 und beschwor die Mitglieder der Bürgergenossenschaft weiterzumachen. Die Malser Bewegung sei im Zentrum der europäischen Politik angekommen und ein Vorbild für zahlreiche Gemeinden im europäischen Raum. Zwei Monate später reiste Vandana Shiva erneut an, um der Bewegung mitzuteilen, wie wichtig ihr Kampf für die Zukunft der Landwirtschaft und eine gesunde Menschheit sei. Nach derzeitigem Stand werden die Malser*innen ihren Weg daher weitergehen. Weitere Gerichtsverhandlungen sind abzusehen, vor allem aber müssen praktische Alternativen zu einer intensiven Obstwirtschaft etabliert werden, von denen die Landwirt*innen im Oberrhein leben können. Außerdem sind Landwirtschaft und Ernährung nicht die einzigen Bereiche, in denen eine nachhaltige Entwicklung wichtig ist. Einige Aktivist*innen beteiligen sich daher schon heute an Bewegungen in anderen Bereichen wie „Fridays for Future“ oder die „Bewegung bewusster Friseure international“. Durch die Erfahrungen im Malser Weg haben sie gelernt, dass sie gesellschaftliche Entwicklungen aktiv mitbestimmen können. Als Ausblick und Möglichkeit der Selbstreflexion wird zuletzt beschrieben in welchen Rollen Sie, die Leserinnen und Leser, sich in sozialen Bewegungen im Allgemeinen engagieren können und zuletzt werden einige konkrete Möglichkeiten aufgeführt, den Malser Weg zu unterstützen.

Rollen erfolgreicher Aktivist*innen

Ein wichtiger Erfolgsfaktor des Malser Weges war, dass alle Bürger*innen in Mals mit ihren Ideen, Fähigkeiten und Präferenzen zur Bewegung beitragen konnten. Obwohl die verschiedenen Ansätze der unterschiedlichen Gruppen auch für Spannungen sorgten, haben die Aktivist*innen rückblickend festgestellt, dass

alle Aktionen wichtig waren. Wie in Mals müssen die Teilnehmer*innen aller Bewegungen verschiedene Rollen einnehmen, um erfolgreich zu sein. Insgesamt können vier Rollen unterschieden werden:

- **Reformer*innen** glauben an die politischen Institutionen und sind vor allem am Anfang und am Ende einer Bewegung wichtig. In Phase 2 versuchen sie auf den Wegen des Dialoges und der bestehenden Gesetze eine nachhaltige Lösung für Missstände zu finden. In Phase vier sind sie es, die sich für Gesetzesveränderungen einsetzen.
- **Rebell*innen** sind besonders in der Mitte einer Bewegung wichtig. Sie führen in Phase zwei und drei öffentlichkeitswirksame Protestaktionen durch und artikulieren deutlich ihre Opposition gegen Ungerechtigkeiten. Durch kreative und manchmal auch radikale Aktionen wecken sie das Interesse großer Teile der Bevölkerung und regen die Menschen an mitzumachen.
- **Bürger*innen** unterstützen Bewegungen, indem sie bei öffentlichen Aktionen mitmachen, ihre Meinung äußern und später selbst Initiativen gründen. Sie werden zunehmend wichtiger und zahlreicher. Weil sie in Phase drei erste Erfolge einer Bewegung häufig eher wahrnehmen als Aktivist*innen, die andere Rollen einnehmen, können sie über Krisen hinweghelfen.
- **Manager*innen des Wandels** sind jene, die lösungsorientiert an praktischen Veränderungen arbeiten, indem sie sich Alternativen überlegen, die unabhängig von der Gesetzeslage umgesetzt werden können. Sie werden besonders in der dritten und vierten Phase aktiv.

Um in einer Bewegung aktiv zu werden, muss man sich also nicht konsequenterweise als Rebell*in an Bäume ketten oder Schienen blockieren. Stattdessen sind diese verschiedenen Rollen im Verlauf einer sozialen Bewegung wichtig (s. Abb. 26, Speck 2014). Eine besondere Herausforderung für die Aktivist*innen ist es, die Rollen, die sie selbst nicht verkörpern zu tolerieren und wertzuschätzen. Insbesondere zwischen der besonnenen Rolle der Manager*innen und der emotionalen Rolle der Rebell*innen kann es leicht zu Konflikten kommen. Die Rolle der Rebell*innen gilt in den Augen der Managergruppe häufig als zu radikal und kontraproduktiv, andersherum gilt die Rolle der Manager*innen als zu angepasst und vorsichtig. In erfolgreichen Bewegungen müssen jedoch alle Rolle vorhanden sein. Erfahrene Aktivist*innen schätzen daher alle Rollen und können diese auch flexibel ausspielen (Moyer 2001).

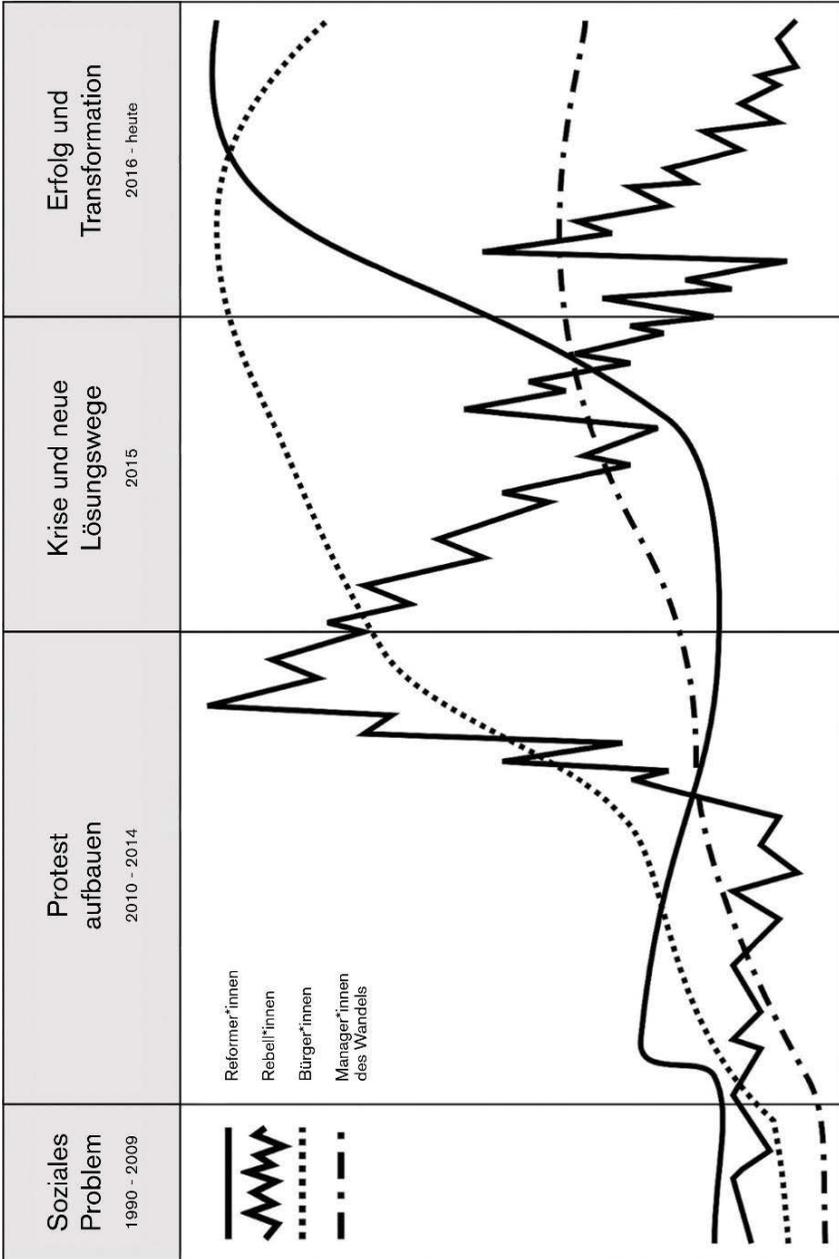


Abb. 26: Rollen von Aktivist*innen im Verlauf einer sozialen Bewegung (vgl. Speck 2014)

Unterstützungsmöglichkeiten für den Malser Weg

Trotz aller Erfolge stellen sich der Malser Bewegung immer wieder Hürden in den Weg. In einer oder mehreren Rollen tragen Sie, liebe Leser*innen, vielleicht schon zu Bürgerinitiativen in Ihren Heimatorten bei. Sollten Sie jedoch nach Möglichkeiten suchen, den Malser Weg zu unterstützen und sich weiter zu informieren, geben Ihnen die letzten Zeilen einen Überblick. Aktuell erscheinen in Mals folgende Fragen besonders relevant:

- **Gemeinschaft:** Die Fronten zwischen den Gruppierungen für und gegen das Pestizidverbot sind verhärtet. Viele Bewegungsteilnehmer*innen fragen sich daher, wie sie auch ihre Gegner*innen für die Vision einer nachhaltigen und solidarischen Lebens- und Wirtschaftsweise gewinnen können.
- **Ernährungssouveränität:** Auf gesetzlicher Ebene will die Bewegung weiterhin das Recht erzielen, die lokale Entwicklung von Landwirtschaft und Ernährung mitbestimmen zu können. Auf praktischer Ebene versucht sie diese lokale Souveränität durch den Aufbau zahlreicher selbstverwalteter Projekte zu stärken. Gleichzeitig bedeutet Ernährungssouveränität nicht, eine autarke Region aufzubauen.
- **Landraub:** Die Landkäufe von finanzstarken externen Landwirt*innen aus dem unteren und mittleren Vinschgau wurden nur temporär vermindert. Die Bewegung befürchtet daher, dass die Nachfrage nach Land wieder anzieht, sobald eine gesetzliche Stabilität herrscht.
- **Solidarität:** Eine nachhaltige Regionalentwicklung kann durch die Schließung lokaler Wirtschaftskreisläufe begünstigt werden. Dies bedeutet, dass Konsument*innen vor allem lokale Produkte kaufen und Betriebe eine höhere Vielfalt an Lebensmitteln für die Region anbauen. Darüber hinaus muss es ausreichend Vermarktungswege geben, um die Produkte zu kaufen und zu verkaufen.

Keine Zeit aktiv zu werden aber etwas Geld:

Spendenkonto:

Bürgergenossenschaft Obervinschgau

Kennwort „Spende“

Volksbank Mals

IBAN: IT94 P058 5658 5460 4657 1323 648

BIC: BPAAIT2B046

Aktiv werden:

Bürgergenossenschaft Obervinschgau

(Förder-)Mitglied werden und Projekte umsetzen: info@bgo.bz.it

Regional einkaufen: Bauernmarkt in Mals jeden Mittwoch

zwischen 08:00 Uhr und 12:00 Uhr von Anfang Juli bis Ende

Oktober

Infos lesen und verbreiten:

Führungen zu buchen unter: info@bgo.bz.it

Blogs www.der-malser-weg.com
www.da.bz.it
www.hollawint.com
www.umweltvinschgau.wordpress.com
www.thelexicon.org/toppling-goliath
www.vinterra.com
www.umweltinstitut.org

Bücher Das Wunder von Mals. Von A. Schiebel, 2018, oekom verlag
A Precautionary Tale. How One Small Town Banned Pesticides,
Preserves its Food Heritage, and Inspired a Movement. Von P.
Ackerman-Leist, 2017, Chelsea Green Publishing Co.
Doing Democracy. Von Bill Moyer, 2001, New Society Publishers.

Filme Das unbeugsame Dorf im Vinschgau. Von A. Schiebel, 2017,
Doku von WDR/arte
Das Wunder von Mals, Von A. Schiebel, 2018.
www.wundervonmals.com

LITERATURLISTE

- Ackerman-Leist**, Philip (2017): A Precautionary Tale. How One Small Town Banned Pesticides, Preserved Its Food Heritage, and Inspired a Movement: Chelsea Green Publishing Co.
- Adam & Epfl**. Online verfügbar unter <http://adamundepfl.net/>, zuletzt geprüft am 26.04.2019.
- Alpenverein Südtirol** (2013): Umwelt & Recht in Südtirol Nr. 14, 2013.
- ASTAT** (2012): Volkszählung 2011. Berechnung des Bestandes der drei Sprachgruppen in der Autonomen Provinz Bozen- Südtirol. Hg. v. Autonome Provinz Bozen - Südtirol.
- ASTAT** (2013): 6. Landwirtschaftszählung 2010. Hg. v. Autonome Provinz Bozen - Südtirol. Landesinstitut für Statistik. Bozen.
- ASTAT** (2014): Wirtschaftliche Analyse des Landwirtschaftssektors in Südtirol. Betriebswirtschaftliche Ausrichtung und Typologien der landwirtschaftlichen Betriebe bei der 6. Allgemeinen Landwirtschaftszählung 2010. Hg. v. Autonome Provinz Bozen - Südtirol.
- Autonome Provinz Bozen - Südtirol** (2010): Kulturlandschaft Südtirol. Der Wandel seit 1950. Bozen: Athesiadruck.
- Autonome Provinz Bozen - Südtirol** (Hg.) (2011): Landschaftsplan. Gemeinde Mals. Beschluss der Landesregierung Nr. 1261 vom 29.08.2011. Amt für Landschaftsökologie. Bozen. Online verfügbar unter http://gis2.provinz.bz.it/mapAccel/docs/Landbrowser_docs/ErlaenderndeBerichte_DE/46_erb.pdf, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Bätzing**, Werner (2015): Die Alpen. Geschichte und Zukunft einer europäischen Kulturlandschaft. 4., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage. München: Verlag C.H. Beck.
- Bernhart**, Erwin (2009): Ein Ruck geht durch die Reihen. In: der vinschger wind. Die neue Bezirkszeitung 10 (102), 21.05.2009. Online verfügbar unter <https://vinschgerwind.wordpress.com/2009/05/21/ein-ruck-geht-durch-die-reihen/>.
- Bioland Südtirol**: Über uns. Online verfügbar unter <https://www.bioland.de/ueber-uns/landesverbaende/suedtirol/bioland-suedtirol.html>, zuletzt geprüft am 16.01.2019.
- Bodini**, Gianni (1993): Waalwege. Entlang der Lebensadern der Vinschgauer Bergbauern. München: Verlag J. Berg.
- Bürgergenossenschaft Obervinschgau**. Online verfügbar unter <https://da.bz.it/>, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Christoph**, Willy (2007): 50 Jahre Beratungsring für Obst- und Weinbau. Eine Erfolgsgeschichte. In: Südtiroler Beratungsring für Obst- und Weinbau (Hg.): Obst- und Weinbau im Wandel der Zeit. Lana: Lanarepro.

- Deklaration des weltweiten Forums für Ernährungssouveränität**, Mali, Februar 2007. Online verfügbar unter <https://nyeleni.org/spip.php?article331>, zuletzt geprüft am 26.04.2019.
- Della Porta, Donatella; Diani, Mario** (2006): Social movements. An introduction. 2. ed. Malden, Mass.: Blackwell Publ. Online verfügbar unter <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0802/2005011636-b.html>, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Der Vinschger Wind**. Die neue Bezirkszeitung (2013): Leserbriefe 10, 13.05.2013.
- Dietl, Walter** (2008): Rathaus, Mals. In: Bettina Schlorhauser (Hg.): Walter Dietl, Arnold Gapp, Werner Tscholl. Drei Vinschgauer Architekten im Portrait. Wien, New York: Springer, S. 38–117.
- EFSA 2020**: Pesticides. Hg. v. European Food Safety Authority. Online verfügbar unter <https://www.efsa.europa.eu/en/topics/topic/pesticides>, zuletzt geprüft am 26.04.2020.
- Ermann, Ulrich; Langthaler, Ernst; Penker, Marianne; Schermer, Markus** (2018): Agro-food studies. Eine Einführung. Köln, Weimar, Wien: Böhlau Verlag (UTB Agrarwissenschaft, Forstwissenschaft, Geographie, Geschichte, Soziologie, 4830).
- EURAC** (Hg.) (2018): Klimareport-Südtirol 2018. Bozen: Eurac Research. Online verfügbar unter <http://www.eurac.edu/de/research/mountains/remsen/projects/Documents/klimareport/Klimareport%202018%20DE.pdf>, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Europäisches Parlament und Rat** (24.11.2009): Richtlinie über einen Aktionsrahmen der Gemeinschaft für die nachhaltige Verwendung von Pestiziden. 2009/128/EG. In: Amtsblatt der Europäischen Union 309/71. Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:309:0071:0086:de:PDF>, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- FIAN Österreich** (Hg.) (2018): UN-Vollversammlung: Neue Bauernrechteerklärung in Kraft. Online verfügbar unter <https://fian.at/de/artikel/un-vollversammlung-neue-bauernrechteerklarung-in-kraft/>, zuletzt geprüft am 14.01.2019.
- Fischer, K.; Wetzel, K.-F.** (1996): Standortökologisches Gutachten Mittell-Vinschgau. Die natürliche Standorteignung für den Kernobstanbau. Augsburg.
- Fischer, Klaus** (1974): Agrargeographie des westlichen Südtirol. Der Vinschgau und seine Nebentäler. Wien: Braumüller.
- Freunde der Fröhlichsburg** (Hg.) (2004): Die Fröhlichsburg zu Mals. Eine Festschrift.
- Gemeinde Mals**. Online verfügbar unter <https://www.gemeinde.mals.bz.it/de>, zuletzt geprüft am 26.04.2019.

- Gemeinde Mals** (2016): Durchführungsverordnung über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Gemeindegebiet genehmigt mit Ratsbeschluss Nr. 2. vom 29.03.2016. Online verfügbar unter: <https://www.gemeinde.mals.bz.it/de/Buergerinfo/Beschluesse>, zuletzt geprüft am: 05.03.2019.
- Habicher, Wilhelmine** (1989): Dr Vinschger Flecklteppich. Gedichte in Obervinschgauer Mundart. Bolzano: Südtiroler Autoren.
- Hofman, Frieder; Bär, Karl; Vogt, Christine** (2018): Vom Winde verweht. Messung von Pestiziden in der Luft im Vinschgau 2018. Hg. v. Umweltinstitut München e.V., zuletzt geprüft am 26.04.2019.
- Holtkamp, Carolin** (2016): Kollektive Identität und Gemeinschaft am Berg: Die Zukunftsfähigkeit der Berglandwirtschaft in zwei Südtiroler Bergweilern. Kassel: Kassel University Press.
- Istat - Istituto Nazionale di Statistica** (Hg.): Fitosanitari. quantità di principi attivi contenuti nei prodotti fitosanitari per ettaro di superficie trattabile (kg). Online verfügbar unter <http://dati.istat.it/#>, zuletzt geprüft am 13.08.2020.
- Laner, Josef** (2006): Wasser frei für "Untere Malser Haide". In: der Vinschger 7/2006, 05.04.2006. Online verfügbar unter <https://www.dervinschger.it/de/thema/wasser-frei-fuer-untere-malser-haide-5823>, zuletzt geprüft am 26.04.2019.
- Laner, Josef** (2013): „Am besten keine, oder so wenig wie möglich“. In: der Vinschger 16/2013, 02.05.2013. Online verfügbar unter <https://www.dervinschger.it/de/thema/am-besten-keine-oder-so-wenig-wie-moeglich-17880>, zuletzt geprüft am 26.04.2019.
- Loose, Rainer** (1976): Siedlungsgenese des oberen Vinschgaus. Schichten und Elemente des Theresianischen Siedlungsgefüges einer Südtiroler Passregion. Trier: Zentralausschuss für Dt. Landeskunde (Forschungen zur deutschen Landeskunde, 208).
- Moschitz, Heidrun** (2009): Moving on. European organic farming movements between political action and self-reflection. In: International Journal of Agricultural Resources, Governance and Ecology 8 (5/6). DOI: 10.1504/IJARGE.2009.032641.
- Moyer, Bill** (2001): Doing democracy. The MAP model for organising social movements. Unter Mitarbeit von JoAnn MacAllister, and Mary Lou Finley Steven Soifer. Gabriola Island, BC: New Society Publishers.
- Perting, Hans** (2012): Die Gemeinde Mals. In kleinen Stichworten ohne den geringsten Anspruch auf Vollständigkeit. Brixen (BZ), Mals: Provinz-Verl.; Perting-Buchwerkstatt.
- Promotorenkomitee für eine pestizidfreie Gemeinde Mals** (Hg.) (2014): Wählen Sie eine gesunde Zukunft, stimmen sie mit JA bei der Volksabstimmung, zuletzt geprüft am 26.04.2019.

- Renting**, Henk; Schermer, Markus; Rossi, Adanella (2012): Building Food Democracy. Exploring Civic Food Networks and Newly Emerging Forms of Food Citizenship. In: International Journal of Sociology of Agriculture and Food 19 (3), S. 289–307. Online verfügbar unter <http://www.ijisaf.org/archive/19/3/renting.pdf>, zuletzt geprüft am 24.07.2017.
- Schiebel**, Alexander (2017a): Das unbeugsame Dorf im Vinschgau. WDR/arte. Deutschland.
- Schiebel**, Alexander (2017b): Das Wunder von Mals. Wie ein Dorf der Agrarindustrie die Stirn bietet. München: oekom verlag.
- Schiebel**, Alexander (2018): Das Wunder von Mals. Alexander Schiebel. Deutschland.
- Schönthaler**, Helmut (1992): Der Getreidebau des Vinschgaus und seiner Nebenthäler im 19. und 20. Jahrhundert. Natürliche Voraussetzungen - Anbau - Konsum. Diplomarbeit. Universität Wien, Wien. Geisteswissenschaftliche Fakultät.
- Speck**, Andreas (2014): The movement action plan. In: Javier Gárate, Subhash Kattel und Christine Schweitzer (Hg.): Handbook for nonviolent campaigns. Second edition. [London]: War Resisters' International. Online verfügbar unter <http://wri-irg.org/pubs/NonviolenceHandbook>.
- Spiss**, Roman (2018): Die "Schwabenkinder" - Kinder- und Jugendmigration. Bundeszentrale für politische Bildung. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/278849/die-schwabenkinder>, zuletzt aktualisiert am 26.04.2019, zuletzt geprüft am 26.04.2019.
- Steiner**, Reinhold (2014): Klimawandel. Hype oder Herausforderung für den Obstbau Südtirols. Das Klima Südtirols der letzten Jahrzehnte unter der Lupe. Hg. v. Versuchszentrum Laimburg. Online verfügbar unter http://www.fierabolzano.it/interpoma/mod_moduli_files/Reinhold%20Steiner.pdf, zuletzt geprüft am 01.02.2019.
- Südtiroler Apfelkonsortium** (2020): Der Südtiroler Apfel. Online verfügbar unter <https://www.suedtirolerapfel.com/de/qualitaet-aus-suedtirol.html>, zuletzt geprüft am 13.08.2020.
- Tarmann**, Gerhard M. (2019): Vergleich der historischen und aktuellen Verbreitung von *Chazara briseis* (Nymphalidae) und *Zygaenidae* (Lepidoptera) im oberen Vinschgau (Südtirol, Italien) zeigt ein komplettes Verschwinden der *Zygaenidae* in talnahen Gebieten. In: Gredleriana 19, S. 109–184. DOI: 10.5281/zenodo.3565315.
- Tirol Atlas**: Kulturlandschaftswandel in Südtirol seit 1950. Online verfügbar unter <http://tirolatlas.uibk.ac.at/ks/mals/ueberblick.html>, zuletzt geprüft am 26.04.2019.

- Umweltinstitut München e.V.** (Hg.) (2019): Vom Winde verweht. Messungen von Pestiziden in der Luft im Vinschgau 2018. Online verfügbar unter <http://www.umweltinstitut.org/aktuelle-meldungen/meldungen/2019/pestizide/vom-winde-verweht-luftmessungen-im-vinschgau.html>, zuletzt geprüft am 21.08.2020.
- Umweltinstitut München e.V.** (Hg.) (2020): Angriff auf die Meinungsfreiheit. München.
- Via Campesina. International Peasant's Movement.** Online verfügbar unter <https://viacampesina.org/en/>, zuletzt geprüft am 14.01.2019.
- Weber, Beda** (1845): Meran und seine Umgebung. Oder das Burggrafenamt von Tirol. Innsbruck: Wagner'sche Buchhandlung.
- WWF Trentino-Alto Adige** (Hg.) (2012): Pressemitteilung. Online verfügbar unter <https://umweltvinschgau.wpcomstaging.com/wp-content/uploads/2012/02/pressemitteilung-wwf-02-02-2012.pdf>, zuletzt geprüft am 26.04.2019.

LADOK – Entwicklungsperspektiven

Verzeichnis der lieferbaren Schriften

- 76 Anja Umbach-Daniel: Biogasgemeinschaftsanlagen in der deutschen Landwirtschaft. Sozio-ökonomische und kulturelle Hemmnisse und Fördermöglichkeiten einer erneuerbaren Energietechnik. 2002, 194 S., 12 €.
- 77/78 Clarita Müller-Plantenberg: Zukunft für Alle ist möglich. Soziale Gerechtigkeit und nachhaltiger Naturbezug als grenzübergreifende Herausforderungen. Kassel 2003, 206 S. plus Kartenwerk, 25 €.
- 79 DAAD: Universities and Rio + 10 – Paths of sustainability in the regions, an interdisciplinary challenge. Kassel 2003, 178 S. plus CD-ROM, 15 €.
- 80 H. Feldt, D. Gawora, A. Nufer u.a.: Ein anderes Amazonien ist möglich. Träume, Visionen und Perspektiven aus Amazonien, Zusammengetragen zum 60. Geburtstag von Clarita Müller-Plantenberg. Kassel 2003, 176 S., 11 €.
- 81/82 Franziska Zimmermann: Baumplantagen zur Zellstoffproduktion. Sozio-ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen in Venezuela. Kassel 2005, 217 S., 13 €.
- 83/84 Clarita Müller-Plantenberg, Wolfgang Nitsch, Irmtraud Schlosser, Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen: Solidarische Ökonomie in Brasilien und Europa - Wege zur konkreten Utopie. Internationale Sommerschule Imshausen. Kassel 2005, 229 S., 13 €.
- 85/86 Clarita Müller-Plantenberg: Solidarische Ökonomie in Europa - Betriebe und regionale Entwicklung. Internationale Sommerschule Imshausen. Kassel 2007, 296 S., 15 €.
- 87 V. Uriona: Solidarische Ökonomie in Argentinien nach der Krise von 2001. Strategische Debatten und praktische Erfahrungen. Kassel 2007, 104 S., 10 €
- 88 Frank Muster: Rotschlamm. Reststoff aus der Aluminiumoxidproduktion - Ökologischer Rucksack oder Input für Produktionsprozesse? Kassel 2008, 136 S., 10 €.
- 89/90 A. Urán Carmona: Colombia - un Estado Militarizado de Competencia. Las Fallas Estructurales para Alcanzar la Explotación Sustentable de los Recursos Naturales. Kassel 2008, 353 S., 15 €.
- 91/92 Clarita Müller-Plantenberg, Joachim Perels: Kritik eines technokratischen Europa - Der Politische Widerstand und die Konzeption einer europäischen Verfassung. Kassel 2008, 262 S., 13 €.
- 93 Jacqueline Bernardi: Solidarische Ökonomie. Selbstverwaltung und Demokratie in Brasilien und Deutschland. Kassel 2009, 151 S. 12 €.
- 94 Clarita Müller-Plantenberg, Alexandra Stenzel: Atlas der Solidarischen Ökonomie in Nordhessen. Strategie für eine nachhaltige Zukunft. Kassel 2008. 127 S., 19 €.

- 95 Clarita Müller-Plantenberg: Der Bildungsprozess beim Aufbau der Solidarischen Ökonomie. KIGG-Kolloquium an der Universität Kassel im Januar 2008, 172 S. 12 €.
- 96 H. Feldt: Konfliktregelung in der Erdölindustrie im ecuadorianischen Amazonasgebiet und venezolanischen Orinokobecken. Kassel 2008, 174 S, 12 €.
- 97 Claudia Sánchez Bajo: Solidarische Ökonomie als Motor regionaler Ökonomie. Ardelaine in der Ardèche, Frankreich. Kassel 2009, 9 €.
- 98 C. Müller-Plantenberg, D. Gawora, Nukleus für Solidarische Ökonomie der Universität Kassel: Solidarische Netze und solidarische Ketten - Komplexe solidarische Wirtschaftsunternehmen. Kassel, 2010, 155 S., 12 €.
- 99 Heidi Feldt, Clarita Müller-Plantenberg: Gesellschaftliche Bündnisse zur Rückgewinnung des Naturbezuges. Kassel 2010, 283 S., 16 €.
- 100 Dieter Gawora, Maria Helena de Souza Ide, Rômulo Soares Barbosa: Traditionelle Völker und Gemeinschaften in Brasilien, Kassel 2011, 233 S., 14 €.
- 101 Stefanie Koch: Nachhaltige Dorfentwicklung, Zukunft-Identität-Tradition in nordhessischen Dörfern, Kassel 2012, 128 S., 11 €.
- 102 Dieter Gawora: Gesellschaftliche Verortung traditioneller Völker und Gemeinschaften, Kassel 2013, 12 €.
- 103 Dieter Gawora, Kristina Bayer: Energie und Demokratie, Kassel 2013, 186 S., 12 €.
- 104 Kristina Bayer: Beratung als Basis erfolgreicher Partizipation, Partizipative Energiesysteme in Nordhessen, Kassel 2016, 238 S., 15 €.
- 105 Sven Lämmerhirt, Annika Schmitt, Robin Sievert: Nachhaltiges Kaufungen, Kassel 2016, 77 S., 12 €.
- 106 Carolin Holtkamp: Kollektive Identität und Gemeinschaft am Berg. Die Zukunftsfähigkeit der Berglandwirtschaft in zwei Südtiroler Bergweilern, Kassel 2016, 117 S., 14 €.
- 107 Dieter Gawora: Traditionell zukunftsfähig. Brasilien, Indien, Westafrika, Alpen, Nordhessen. V. Internationales Kolloquium Traditionelle Völker und Gemeinschaften, Kassel 2018, 275 S., 18€.
- 108 Nadine Holthaus: Gemeinschaft im Wendland. Zwischen Individualität und Zusammenhalt, Kassel 2019, 48 S., 8€
- 109 Josefin Elvira Burgartz-von der Grün: Pädagogik der Mutter Erde. Indigene Hochschulbildung an der Universidad de Antioquia, Kolumbien, Kassel 2020, S. 108, 13€

Bezugsadresse
kassel university press
Diagonale 10
D-34127 Kassel
order.kup@uni-kassel.de

Die lokale Bewegung „Der Malser Weg“ setzt sich auf einzigartige Art und Weise für eine demokratische und vielfältige Regionalentwicklung im Obervinschgau ein. Mals wurde dadurch zum Vorbild vieler Gemeinden in Europa, die eine pestizidfreie Landnutzung anstreben. Aber der Weg in eine nachhaltige Zukunft ist lang und voller Hürden. Er gelingt nur, wenn viele Menschen mithelfen. Daher möchten wir in diesem Buch die Erfahrungen und Strategien der Malser*innen teilen und dazu motivieren, aktiv zu werden.



wir schätzen das was da ist
da
da.bz.it

la dok Lateinamerika Dokumentation

kassel
university
press

ISBN 978-3-7376-0912-8



783737 609128